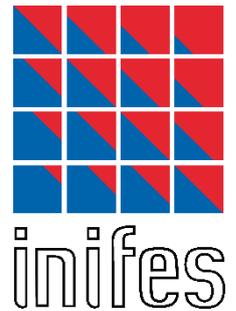


**Internationales Institut für
Empirische Sozialökonomie, INIFES gGmbH
86391 Stadtbergen**



Altersarmut in München

Expertise I zum Münchner Armutsbericht 2017

Stadtbergen im März 2017

Autoren: Prof. Dr. Ernst Kistler; Markus Holler, M. A.; Dipl. soz. Constantin
Wiegel; Carolin Baier; Reka Vincze (INIFES); unter Mitwirkung von PD
Dr. Jürgen Faik (FaSo), Frankfurt am Main

„Alterssicherung ist eindeutig mehr als Armutsvermeidung. Denn im Alter soll auch der bisherige Lebensstandard abgesichert werden – wenn auch eingeschränkt.

Mit anderen Worten: Die Welt der Älteren ist nicht bereits dann in Ordnung, wenn die Schwelle der Grundsicherung im Alter oder der relativen Einkommensarmut um einen Euro überschritten wird. Viele Menschen – auch ältere – bewegen sich mit ihrem Einkommen um den Schwellenwert: mal arm, mal »nicht arm«. Für die Betroffenen sind diese statistischen Definitionen aber vollkommen unwichtig.“

(Langness 2015, S.16)

Altersarmut in München

1. Auftrag und Konzeption des Berichtes sowie Datenlage	1
2. Altersarmut – (k)ein Problem? Eine erste Annäherung auf nationaler Ebene anhand verschiedener Datengrundlagen	6
3. Armutsgefährdung im regionalen und gruppenspezifischen Vergleich – Ergebnisse einer Sonderauswertung der Mikrozensus 2014 und 2015	10
3.1 Regionale und gruppenspezifische Betrachtung	10
3.2 Exkurs: Relative Armut und Grundsicherung (Dunkelzifferproblematik)	16
4. Altersarmut in der Landeshauptstadt München – Differenzierte Ergebnisse aus der Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage 2016 (BesogeLa)	20
4.1 Gruppenspezifische Betrachtung	22
4.2 Folgen: Lebenslagen, materielle Deprivation und soziale Isolierung/Exklusion	23
5. Zum Zusammenhang von Alterseinkommen/Altersarmut und der Höhe der gesetzlichen Renten	31
5.1 Regionale Differenzierung und zeitliche Entwicklung der GRV-Renten	33
5.2 Spreizung der Renten	40
6. Ursachen von Altersarmut und Ableitung von Handlungsfeldern	46
6.1 Zu den Ursachen von Altersarmut	46
6.2 Zu den Handlungsfeldern/Maßnahmen	54
6.3 Sichtweisen der Bevölkerung	56
7. Zum Abschluss	66
8. Literaturverzeichnis	72

Darstellungsverzeichnis

Darstellung 2.1:	Armutrisikoquoten* Älterer und der Bevölkerung insgesamt in Deutschland 2013 auf Basis von vier verschiedenen Umfragen (in Prozent)	8
Darstellung 2.2:	Armutrisikoquoten nach Altersgruppen in Deutschland und im Euroraum 2005 bis 2015 (in Prozent).....	9
Darstellung 3.1:	Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsschwellen nach Regionen und Haushaltstypen (in Euro).....	10
Tabelle 1:	Armutrisikoquoten der Bevölkerung insgesamt im Vergleich ausgewählter deutscher Großstädte bei Verwendung des regionalen, des Landes- und des Bundesmedians 2015 (in Prozent).....	11
Abbildung 1:	Armutrisikoquoten für München, gemessen an verschiedenen Referenz-Mittelwerten (Median) 2005 bis 2015 (in Prozent).....	13
Darstellung 3.2:	Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten in der Stadt München 2014 und 2015 (regionaler Median; in Prozent)	14
Darstellung 3.3:	Armutgefährdungsquoten der Bevölkerung insgesamt und der ab 65-Jährigen 2015 (regionaler Median; in Prozent).....	15
Darstellung 3.4:	Entwicklung der Armutsrisikoquoten 2005 bis 2015 für die Bevölkerung insgesamt und für ab 65-Jährige (regionaler Median, in Prozent).....	16
Darstellung 3.5:	Armutgefährdung der Erwerbstätigen und RentnerInnen ¹⁾ 2015 (regionaler Median; in Prozent).....	17
Tabelle 2:	Armutrisikoquoten von Älteren in differenzierten Altersgruppen 2005 und 2010 in Westdeutschland (regionaler Median; in Prozent).....	18
Darstellung 3.6:	Armutrisikolücke Älterer und relatives Einkommensmedianverhältnis Älterer 2007 bis 2013 in Deutschland (in Prozent).....	19
Darstellung 4.1:	Einkommensschichtung der Bevölkerung in der Stadt München, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen nach städtischer Umfrage BesogeLa 2016 und Sonderauswertung Mikrozensus 2014 und 2015 für die Stadt München (regionaler Median; in Prozent).....	21
Darstellung 4.2:	Armutrisikoquoten in München 2016 (in Prozent).....	22

Darstellung 4.3:	Subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes als schlecht oder sehr schlecht in München 2016 (in Prozent).....	24
Darstellung 4.4:	Wohnkostenbelastung in München 2016 (in Prozent).....	25
Darstellung 4.5:	Wohnfläche pro Kopf in München 2016 (in qm)	25
Darstellung 4.6:	Fehlen bestimmter Gegenstände im Haushalt aus finanziellen Gründen bei ab 65-Jährigen in München 2016 (in Prozent)	26
Darstellung 4.7:	Aspekte materieller Deprivation in Haushalten Älterer in München 2016 (in Prozent).....	28
Darstellung 4.8:	Zahl der Personen, auf die man sich bei persönlichen Problemen verlassen kann – München 2016 (in Prozent).....	28
Darstellung 4.9:	„Wie einfach ist es für Sie, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn Sie diese benötigen?“ – München 2016 (in Prozent).....	29
Darstellung 4.10:	Ältere mit einem nur sehr begrenzten Kreis an Vertrauenspersonen in München 2016 (in Prozent).....	29
Darstellung 5.1:	Monatliche Einkommen von Rentnerhaushalten in Deutschland nach Haushaltseinkommensklassen und ausgewählte Einkommensbestandteile 2013 (in Euro)	32
Darstellung 5.2:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten und Bestandsrenten (Alter und Erwerbsminderung) 2000 bis 2015 (in Euro/Monat)	34
Tabelle 3:	Rentenhöhe, Rentenkaufkraft und Bruttorentenniveau (2014) am Beispiel eines männlichen Elektroinstallateurs in Berlin und München (in Euro und Prozent)	35
Darstellung 5.3:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten, Männer 2006-2015 (in Euro/Monat)	37
Darstellung 5.4:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten, Frauen 2006-2015 (in Euro/Monat).....	37
Darstellung 5.5:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Bestandsrenten wegen Alters, Männer 2010-2015 (in Euro/Monat)	38
Darstellung 5.6:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Bestandsrenten wegen Alters, Frauen 2010-2015 (in Euro/Monat).....	39
Darstellung 5.7:	Durchschnittlicher Rentenzahlbestand 2004, 2010 und 2014 (in Euro)	40

Darstellung 5.8:	Spreizung der Bestandsrenten wegen Alters an Männer in Westdeutschland, Bayern und Oberbayern 2003 bis 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)	41
Darstellung 5.9:	Spreizung der Bestandsrenten wegen Alters an Frauen in Westdeutschland, Bayern und Oberbayern 2003 bis 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)	42
Darstellung 5.10:	Spreizung der von Männern empfangenen gesetzlichen Renten im Rentenzahlbestand in Westdeutschland, Bayern, Oberbayern und der Stadt München 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)	43
Darstellung 5.11:	Spreizung der von Frauen empfangenen gesetzlichen Renten im Rentenzahlbestand in Westdeutschland, Bayern, Oberbayern und der Stadt München 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)	43
Abbildung 2:	Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenbestand und im Rentenzugang in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2013, in Euro, real (in Kaufkraft von 2013).....	45
Darstellung 6.1:	Arbeitsvolumenentwicklung und damit allgemein mögliches Wirtschaftswachstum (BIP) bis 2032 in Bayern (Indexwerte 2013 = 100).....	49
Darstellung 6.2:	Erwerbstätigenquoten Älterer nach Altersjahren in Bayern 2008 bis 2014 (in Prozent).....	50
Darstellung 6.3:	Verbreitung von Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer in denjenigen bayerischen Betrieben, die überhaupt Personen mit 50 und mehr Jahren beschäftigen, 2002 bis 2015 (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)	52
Darstellung 6.4:	Armutsrisikoquoten 2002 und 2012 in Deutschland nach Altersgruppen und Erwerbstätigkeit (in Prozent).....	53
Darstellung 6.5:	„Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre jetzige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ohne Einschränkung ausüben können?“ 2016 ¹⁾ (in Prozent)	57
Darstellung 6.6:	„Wie schätzen Sie die gesetzliche Rente ein, die Sie später einmal aus Ihrer Erwerbstätigkeit erhalten werden?“ 2016 (in Prozent)	58
Darstellung 6.7:	„Man macht sich ja manchmal Sorgen und denkt darüber nach, was einem alles passieren könnte. Hier auf diesen Karten steht Verschiedenes. Ist etwas dabei, bei dem Sie sagen würden, dass Sie sich da Sorgen machen, dass Ihnen das passieren könnte?“ (30- bis 59-Jährige) (Deutschland 2016; in Prozent).....	60

Darstellung 6.8:	Die größten Sorgen in Bezug auf das persönliche Leben (Deutschland 2012; in Prozent).....	61
Darstellung 7.1:	Anteile der Sozialtransfers am Bruttonsozialprodukt in Deutschland und der EU 18 2005 bis 2014 (in Prozent)	68

Altersarmut in München

1. Auftrag und Konzeption des Berichtes sowie Datenlage

Die Landeshauptstadt München hat INIFES mit der wissenschaftlichen Prozessbegleitung zur Erstellung des Armutsberichtes 2017 beauftragt. Teil des Auftrages ist auch die Erstellung von drei Expertisen¹, darunter der vorliegenden (Expertise I) zum Thema

„Altersarmut in München“.

Die Auftraggeberin möchte mit dieser Expertise laut Ausschreibung „im Hinblick auf die zukünftige gesetzliche Rentenentwicklung Erkenntnisse über die Einkommenslage von älteren Menschen (ab 65 Jahren) in München seit Anfang der 2000er Jahre erlangen“. Neben den Daten zur Rentenentwicklung sollen Verteilungskennziffern zur Einkommensentwicklung und kurz auch zum Vermögen Älterer dargestellt und so weit wie möglich auf die Ebene des Stadtkreises München heruntergebrochen sowie mit dem Umland, Bayern etc. verglichen werden. Gewünscht sind eine gruppenspezifische Differenzierung und der Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Zur Armutsmessung werden in Deutschland und vielen anderen Ländern zwei konzeptionell grundsätzlich verschiedene Vorgehensweisen angewandt:

- Einerseits die Analyse von „relativer (Einkommens-)Armut“ anhand von Armutsrisiko- bzw. -gefährdungsquoten. Betrachtet wird der Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten sogenannten Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb eines Schwellenwertes, der sich aus der beobachteten Einkommensverteilung errechnet (60 % des Medians, also des mittleren Einkommens, bei dem je die Hälfte der Personen oder Haushalte unter und über diesem Schwellenwert liegt). Diese relative Armut wird im Fokus dieses Berichtes stehen. Eigentlich ist das so definierte Armutsrisiko ein relativer Indikator zur Messung einer ungleichen Verteilung. Mit dem Ausdruck

¹ Die Titel der beiden anderen Expertisen lauten: „Szenario zur Altersarmut 2030“ (Expertise II) sowie „Verteilung, Armut und Reichtum in München“ (Expertise III).

„Armutrisiko“ wird aber völlig zu Recht versucht, der ansonsten wichtigen, aber unspektakulären statistischen Kennziffer Aufmerksamkeit zu verschaffen (vgl. Kasten).

(Relative) Armut ist auch ein politischer Begriff

„In breiten Teilen der Öffentlichkeit wird die relative Armut negiert, ihre Messung mittels des Medianeinkommens kritisiert. Wer sie öffentlich anprangert, wird heftig attackiert, weil schon ihre Wahrnehmung die Existenz sozialer Ungerechtigkeit impliziert und zwangsläufig das Postulat einer Umverteilung von oben nach unten und damit lauten Widerspruch der davon negativ Betroffenen bewirkt. Denn im Unterschied zur absoluten Armut, der man auf karitativen Wege, das heißt mit Lebensmitteltafeln, Kleiderkammern und Möbellagern begegnen kann, erfordert die Bekämpfung der relativen Armut, dass man den Reichtum antastet.“

Butterwegge 2015, S. 66.

- Andererseits die Analyse der Anteile der BezieherInnen von Leistungen der bedarfsgeprüften Grund- bzw. Mindestsicherung. Diese wird in der vorliegenden Expertise jedoch nur kurz behandelt – die Daten dazu entstammen der Leistungsstatistik der kommunalen Sozialverwaltung, welche ja selbst das Autorenteam des Münchner Armutsberichtes 2017 stellt. Eingegangen wird später aber auf den entscheidenden (wunden) Punkt der Grund- bzw. Mindestsicherungsquoten: Sie messen nur die Bevölkerungsanteile, die die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen, also die „bekämpfte Armut“. Aus verschiedenen Studien (vgl. z. B. Becker 2012; Bruckmeier, Wiemers 2013) wissen wir aber, dass es darüber hinaus sehr viele Leistungsberechtigte gibt, die diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen (Dunkelziffer der Armut). Im Münchner Armutsbericht 2011 wurde auf diese schwerwiegende Problematik bei der Messung der

bekämpften Armut bereits hingewiesen (vgl. Sozialreferat der Landeshauptstadt München 2012, S. 14).

Als Datenbasis für die Ermittlung der relativen Armut diente im Münchner Armutsbericht 2011 die „Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010“. Für den aktuellen Bericht wird vor allem auf die „Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage“ (BesogeLa) 2016 zurückgegriffen. Mit einer Fallzahl von über 3.000 verwertbaren Interviews ist sie groß genug, um die meisten wichtigen Auswertungen durchführen zu können. Auch die Erweiterung durch eine Sekundäranalyse zusätzlicher Datenquellen stärkt die empirische Basis dieser Expertise und des neuen Berichts (u. a. mit dem Mikrozensus², sowie mit der Befragung „Älter werden in München“³ von 2013). Eine Reihe von Ergebnissen aus weiteren Quellen rundet das Bild ab. Dabei hat auch die relative Armutsmessung ihre Schwachstellen (vgl. z. B. Cremer 2016). Diese liegen aber (vgl. die Beiträge in Schneider 2015; Butterwegge 2015a) nicht dort, wo sie (vgl. Kasten) die gängigen Argumente der Beschöniger der sozialen Verhältnisse suchen (vgl. Krämer 2000; Sinn 2008; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012), sondern darin, dass die Datenquellen – wenn auch repräsentativ angelegte – Umfragen sind. Deren Ergebnisse weichen naturgemäß immer etwas voneinander ab – nicht nur wegen des statistischen Rauschens, sondern auch aufgrund schon geringer Unterschiede bei den Grundgesamtheiten, Stichproben, Fragebögen/-formulierungen, Antwortkategorien etc.

Altersarmut – Den Beschönigern ist kein auch noch so schräges Argument zu dumm!

„Noch partizipieren die Alten an der Fun-Gesellschaft. Heerscharen von Rentnern lassen sich, finanziert vom deutschen Umlagesystem, von Luxuslinern durch die Weltmeere schaukeln und von Jet-Clippern zu den entlegendsten Stränden dieser Erde transportieren. Das wohl großzügigste Rentensystem der gesamten Welt hat

² Die Berechnungen mit den Daten der Mikrozensus 2014 und 2015 (letzte verfügbare Befragungswellen) wurden am dafür bundesweit zuständigen Statistischen Landesamt in Düsseldorf (IT-NRW) durchgeführt.

³ Diese Studie beruht auf einer Umfrage in ausgewählten Stadtquartieren. Die damit ermittelten Armutsquoten können nicht als repräsentativ für die gesamte Stadt gelten.

Deutschland zu Weltmeistern beim Tourismus gemacht und eine atemberaubende Infrastruktur mit Seebädern und Vergnügungsvierteln auf Mallorca, den Kanaren und vielen anderen Inseln der Welt geschaffen. Kaum irgendwo sonst wird den Aktiven so viel von ihrem Arbeitseinkommen weggenommen, wie es in Deutschland geschieht, um den Alten ein auskömmliches Transfereinkommen zu sichern.“

Sinn (2005), S. 54.

Ein weiteres Problem, das sich allerdings nicht nur auf die mit Befragungen gemessene Armut beschränken dürfte, liegt in deren begrenzter Reichweite. Extreme Armut (z. B. Obdachlose), in Gemeinschaftsunterkünften lebende Personen (Pflegeheime, Klöster, Gefängnisse etc.) und extremer Reichtum werden nicht erfasst bzw. aus den Daten herausgenommen. So endet die Einkommenserfassung im Mikrozensus mit einer Antwortkategorie bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro „und darüber“ im Monat. In der Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage 2016 liegt das höchste erfasste monatliche Haushaltseinkommen bei 250.000 Euro. In München dürfte es einige Haushalte mit noch wesentlich höheren Einkommen geben.

Konzeptionell beruht diese Expertise primär auf dem Ressourcenansatz, d. h. im Vordergrund steht die Analyse von Armut (bzw. Reichtum) anhand rein ökonomischer Indikatoren (vgl. Kasten). In einer Reihe von Punkten wird dieser Ansatz aber durch Analysen zur Lebenslage verschiedener soziodemografischer Gruppen erweitert. In einigen Abschnitten kommt auch das Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen zum Tragen, z. B. zum Thema „Materielle Deprivation“.

Die Messung relativer Armut bzw. relativen Reichtums

Die Messung von relativer Armut erfolgt entsprechend des heutigen Standes der Forschung (vgl. zum kurzen Überblick Christoph 2015; Becker, Hauser 2003, S. 61ff.) bzw. auch einer von der EU vorgegebenen Konvention wie folgt:

Zunächst werden alle Nettoeinkommen (Einkommen nach Abzug der direkten Steuern und Sozialabgaben) inklusive der erhaltenen Sozialtransfers in den Haushalten ermittelt. Danach wird die Summe dieser Nettoeinkommen durch sogenannte Bedarfsgewichte dividiert um Nettoäquivalenzeinkommen zu berechnen.

Diese Bedarfsgewichte sollen berücksichtigen, dass in Mehrpersonenhaushalten Kostenvorteile anfallen (Mengenproduktion). Die Bedarfsgewichte betragen laut der „neuen OECD-Skala“ für die erste Person im Haushalt 1, für jede weitere Person ab 14 Jahre 0,5 und für Kinder unter 14 Jahre 0,3 (Das Bedarfsgewicht für einen Paarhaushalt mit zwei Kindern bis 14 Jahren beträgt also $1+0,5+0,3+0,3=2,1$). Auf dieser Grundlage wird der Median der Nettoäquivalenzeinkommen ermittelt. Der Median teilt eine Grundgesamtheit genau in der Mitte. D. h.: 50 Prozent haben ein niedrigeres und 50 Prozent ein höheres Nettoäquivalenzeinkommen. Die Armutsrisikoquote (relative Armut) drückt aus, wie viele Personen bzw. Haushalte ein Nettoäquivalenzeinkommen haben, das unterhalb von 60 Prozent des Medians liegt. Die Reichtumsquote bezeichnet analog alle Personen/Haushalte mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 200 Prozent des Medianwertes.

Man kann im Prinzip auch andere Bedarfsgewichtungen (z. B. 0,5 für Kinder unter 14 Jahre) verwenden. Ebenso können die Armutsrisiko- bzw. Reichtumsschwellen bei 50 oder 70 Prozent bzw. 300 oder 400 Prozent festgelegt werden. Es spricht jedoch vieles dafür, die Bedarfsgewichte der „neuen OECD-Skala“ und die 60-Prozent- und 200-Prozent-Schwelle zu verwenden, die sich inzwischen als Standard durchgesetzt haben.

2. Altersarmut – (k)ein Problem? Eine erste Annäherung auf nationaler Ebene anhand verschiedener Datengrundlagen

Die Frage, ob in Deutschland – gegenwärtig – Altersarmut in größerem Ausmaß existiere, ein absehbares oder auch künftig kein relevantes Problem sei, ist umstritten. Allenfalls in einem Punkt kann man einen gewissen Konsens feststellen: Es gilt als relativ unwahrscheinlich, dass Ältere auf der individuellen Ebene, wenn sie arm sind, an ihrer grundsätzlichen Situation noch etwas Größeres ändern können.⁴

Seitens derjenigen, die die Relevanz des Problems leugnen, wird vor allem auf die relativ niedrigen Grundsicherungsquoten (vgl. unten Abschnitt 3.2) im Alter verwiesen und dabei sowohl deren kräftiger Anstieg in den letzten Jahren, wenn auch auf niedrigem Niveau, eher verharmlost als auch die Dunkelzifferproblematik der Nichtinanspruchnahme der Grundsicherung im Alter trotz Berechtigung am liebsten gar nicht erwähnt. Ein weiteres Argument aus dieser Ecke lautet, dass die BezieherInnen niedriger Alterseinkommen über Vermögenstitel (v. a. selbstgenutzte Immobilien) verfügen würden, die – abgesehen von einem „Schonvermögen“ – im Falle einer Beantragung von Grundsicherung mit Vorrang weitgehend eingesetzt werden müssten.⁵

Die Vertreter einer „mittleren“ Position teilen für die jüngere Vergangenheit und Gegenwart die erstgenannte Sicht auf die heutige Lebenslage Älterer, warnen aber vor einigen Tendenzen, die einen künftigen größeren Anstieg des Armutsrisikos Älterer erwarten lassen. Diese Tendenzen beziehen sich auf Entwicklungen, die als Ursachen von Altersarmut angesehen werden: Zunehmend brüchigere Erwerbsbiografien und Familientypen, der stark angewachsene Niedriglohnsektor, die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und (eher noch ignoriert) die

⁴ Es gibt jedoch auch hierzu schönfärberische Argumente, die z. B. auf das große Vermögensvolumen in Deutschland verweisen. Übersehen wird dabei, dass erstens die Mehrheit der Schenkungen und Erbschaften vor dem 65. Lebensjahr der Bedachten erfolgt. Zweitens sind die Erbmassen extrem ungleich verteilt – wer als ab 65-Jähriger noch ältere/hochaltrige Eltern hat und selbst arm ist, der hat normalerweise auch keine größeren Erbschaften zu erwarten (vgl. Lejeune, Romeu Gordo 2016), sondern erledigt eher Pflege- und Betreuungsaufgaben.

⁵ Die Vermögensfreigrenze liegt 2016 bei 2.600 Euro. Eine „angemessene“ (bescheidene) selbstgenutzte Immobilie wird normalerweise erst nach einem Umzug bzw. post mortem herangezogen.

Auswirkungen der Leistungseinschränkungen bei den Rentenreformen vor allem seit 1990 (vgl. z. B. Faik, Köhler-Rama 2013; Bäcker, Kistler 2016).

Diejenigen – wir neigen dieser Position zu –, die eine bereits in relevantem Ausmaß bestehende verbreitete Altersarmut konstatieren, sehen die Entwicklungen bei den Ursachen ähnlich, verweisen aber darauf, dass es eine Reihe von Befunden gibt, die bereits gesunkene Rentenanwartschaften sowie Renten- und Haushaltseinkommen Älterer belegen. (Das gilt insbesondere auch für die Phase des Altersübergangs, also z. B. die ab 55-Jährigen; vgl. Holler, Wiegel 2016; Kistler, Trischler 2014 sowie mit breitem Ansatz Heuringer, Walter 2013). Sie sehen teils auch die Abkehr von der bruttolohndynamischen lebensstandardsichernden Rente und die von den ArbeitnehmerInnen normalerweise alleine zu finanzierende⁶ private (und betriebliche) Altersvorsorge wegen der bereits erwiesenen Ungeeignetheit der kapitalmarktabhängigen Riesterrente etc. als fundamentalen Fehler bzw. als zumindest nicht zielgenau (vgl. z. B. Simonson 2013, S. 287; Schmähl 2012; Bäcker, Kistler 2016) an.

Schließlich soll an dieser Stelle – auf nationaler Ebene – ein Blick auf die Ergebnisse der wichtigsten Umfragen/Datengrundlagen zur relativen Armutsmessung erfolgen (vgl. Kasten).

Die zentralen Datenquellen zur Messung relativer Armut in Deutschland

Zur Messung relativer Einkommensarmut bzw. der Einkommensverteilung in Deutschland sind folgende Befragungen besonders wichtig:

- 1) Der Mikrozensus (MZ) ist eine jährliche amtliche Stichprobe von einem Prozent der Bevölkerung mit Antwortverpflichtung (für die meisten Fragen). Die Fallzahl (N) liegt bei knapp 400.000 Haushalten bzw. ca. 830.000 Personen.
- 2) Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine amtliche Erhebung. Alle fünf Jahre – zuletzt 2013 – werden 0,5 Prozent der privaten Haushalte befragt.

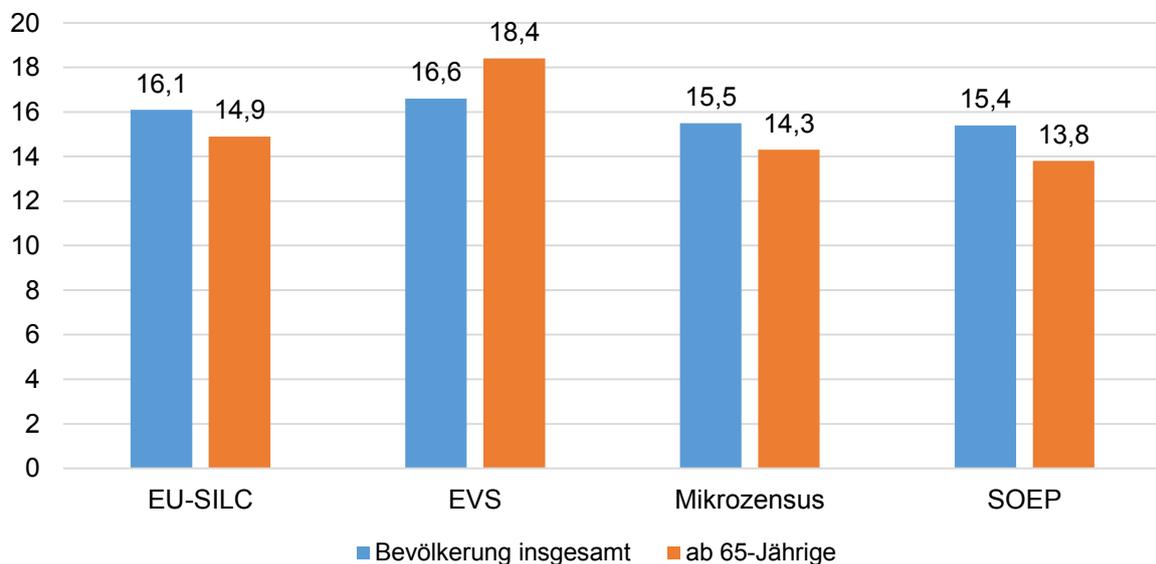
⁶ Faktisch ging es bei diesen Reformmaßnahmen nicht – wie von der Politik behauptet – um eine Entlastung der jüngeren Kohorten, sondern um eine geschickt versteckte Entlastung der Unternehmen/KapitaleinkommensbezieherInnen bei den Lohn(neben)kosten.

3) Das sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährliche wissenschaftsbezogene Wiederholungsbefragung mit ca. 12.000 befragten Haushalten bzw. 25.000 Personen.

Neben diesen Umfragen – von denen wegen der Fallzahlen aber nur der Mikrozensus in ausreichender Differenzierung auf der Ebene von großen Städten auswertbar ist – spielt auf nationaler Ebene auch noch die jährliche EU-weite Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) eine größere Rolle. Ihre Befragtenzahl ist in Deutschland aber noch etwas kleiner als beim SOEP.

Darstellung 2.1 enthält für das Jahr 2013 (das wegen der EVS einen direkten Vergleich der vier Datenquellen zum Thema für das gleiche Jahr erlaubt) auf der nationalen Ebene die Armutsrisikoquoten insgesamt und für ab 65-Jährige.

Darstellung 2.1: Armutsrisikoquoten* Älterer und der Bevölkerung insgesamt in Deutschland 2013 auf Basis von vier verschiedenen Umfragen (in Prozent)



* Bundesmedian

Quelle: Eigene Darstellung nach den genannten Quellen.

Unbestritten: Bei drei der vier Datengrundlagen liegt der Wert für die Älteren leicht unter demjenigen für die Bevölkerung insgesamt. Aber bei diesen Zahlen kann weder das Thema Armut in der Bevölkerung noch bei den Älteren ignoriert werden. Die Ergebnisunterschiede liegen innerhalb der statistischen Vertrauensbereiche.

Immerhin ist auch bei den ab 65-Jährigen rund jede(r) Siebte armutsgefährdet, gleichgültig welche Datenquelle herangezogen wird. In manchen Regionen – wie gezeigt werden wird, gehört auch München dazu – ist die Armutsrisikoquote Älterer deutlich überdurchschnittlich.

Hinzu kommt, dass die vorliegenden Datenquellen für Deutschland mehrheitlich (eine gewisse Ausnahme ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁷ eine starke Zunahme der Armutsrisikoquoten⁸ auch der Älteren anzeigen – teils deutlicher als die Entwicklung für die Bevölkerung insgesamt (vgl. für das Beispiel EU-SILC Darstellung 2.2). Während in Deutschland ein Anstieg der Altersarmut zu beobachten ist, sinkt diese im Durchschnitt der Länder des Euro-Raumes (EU-19) sogar deutlich.

Darstellung 2.2: Armutsrisikoquoten nach Altersgruppen in Deutschland und im Euroraum 2005 bis 2015 (in Prozent)

Altersgruppen- median	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Deutschland										
Bevölkerung insgesamt	12,2	12,5	15,2	15,2	15,5	15,6	15,8	16,1	16,1	16,7	16,7
Ab 65-Jährige	13,4	12,5	16,2	14,9	15,0	14,1	14,2	15,0	14,9	16,3	16,5
	EU 19										
Bevölkerung insgesamt	15,5	15,6	16,1	16,1	16,2	16,3	16,8	16,8	16,7	17,1	17,3
Ab 65-Jährige	19,1	18,8	19,1*	18,2	17,4	15,2	15,1	14,1	13,3	13,3	15,5

Quelle: European Commission 2016, S. 218, 225 (EU-SILC).

Altersarmut, so viel kann festgehalten werden, ist bereits in relevantem Maß vorhanden. Die Armutsrisikoquote wird nach allem was wir heute wissen, auch in der Zukunft deutlich zunehmen (vgl. Abschnitt 6.1) und vor allem wird die Zahl der älteren Armen dann auch demografisch bedingt vorübergehend („Babyboomer“) stark steigen. Das gilt insbesondere wenn der Abschied vom Ziel einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente endgültig sein sollte und sogar das Ziel Armutssicherung hinter das Ziel einer ausgabenorientierten Einnahmenpolitik (speziell mit Blick auf die Arbeitgeberbeiträge) zurückgestellt wird.

⁷ Warum das SOEP nur eine zyklisch schwankende, im Trend aber eher gleichbleibende Armutsrisikoquote Älterer ausweist, ist bisher nicht richtig geklärt.

⁸ In dieser Darstellung wurden von der Statistikbehörde EUROSTAT die Armutsrisikoquoten für die einzelnen Altersgruppen nicht über die Länder bzw. EU hinweg berechnet, sondern über 60 Prozent des Medians der einzelnen Gruppen.

3. Armutsgefährdung im regionalen und gruppenspezifischen Vergleich – Ergebnisse einer Sonderauswertung der Mikrozensus 2014 und 2015

3.1 Regionale und gruppenspezifische Betrachtung

Im Rahmen der Expertisen wurde beim dafür bundesweit zuständigen Statistischen Landesamt in Nordrhein-Westfalen (IT-NRW) eine Sonderauswertung der Mikrozensus 2014 und 2015 durchgeführt. Die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse erlauben es, die Situation in der Stadt München in einigen wichtigen Differenzierungen zu analysieren und sie mit derjenigen in ihrem regionalen Umfeld zu vergleichen.

Darstellung 3.1: Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsschwellen nach Regionen und Haushaltstypen (in Euro)

Regionaler Median	Äquivalenzeinkommen (Median)		Armutsgefährdungsschwelle			
			für Einpersonenhaushalte		für zwei Erwachsene und zwei Kinder im Alter von unter 14 Jahren	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Stadt München	1.916	1.971	1.149	1.183	2.414	2.484
ROR München	1.936	1.993	1.161	1.196	2.439	2.511
RB Oberbayern	1.833	1.885	1.100	1.131	2.310	2.375
Bayern	1.663	1.706	998	1.025	2.096	2.153
Westdeutschland	1.582	1.623	949	974	1.992	2.045
Deutschland insgesamt	1.528	1.570	917	942	1.926	1.978

Quelle: Eigene Darstellung nach IT-NRW (Mikrozensus).

Die Darstellung 3.1 zeigt zunächst den Median der Äquivalenzeinkommen und die Armutsgefährdungsschwellen für Einpersonenhaushalte bzw. für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Basis der Berechnungen ist der jeweilige regionale Median (vgl. Kasten).

Wie der Darstellung entnommen werden kann, liegt der Median der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen für die Stadt München 2014 bei 1.916 Euro und 2015 bei 1.971 Euro und damit leicht unter den Werten für die Raumordnungsregion, aber deutlich über den anderen Vergleichsregionen. Daraus ergibt sich laut Mikrozensus für 2014 eine Armutsrisikoschwelle für einen Einpersonenhaushalt in München von 1.149 Euro und von 2.414 Euro für einen

Paarhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren. 2015 sind die Armutsrisikoschwellen auf 1.183 bzw. 2.484 Euro angestiegen.

Berechnungen auf Basis der regionalen Medianwerte

Relative Armut bedeutet im allgemeinen Sprachgebrauch nicht nur, dass die Grenze (Armutsrisikoschwelle) etwas oberhalb des Existenzminimums der Mindestsicherung liegt (soziale, kulturelle Teilhabe). Im Begriff „relativ“ schwingt auch die Bedeutung von „Vergleich“ mit: Arme Menschen in München vergleichen sich bzw. ihr Einkommen mit anderen Menschen in der Stadt und nicht mit solchen in Mecklenburg-Vorpommern – und umgekehrt. Daher macht der regionale Median bei der Berechnung der Armutsrisikoschwellen und -quoten mehr Sinn als der bundesdeutsche. Diese Entscheidung ist wichtig – besonders in München mit seinen hohen Wohn-/Lebenshaltungskosten! Die Tabelle 1 enthält die Armutsrisikoquoten ausgewählter Städte in Deutschland bei Verwendung des jeweiligen regionalen Medians sowie zum Vergleich des Landes- und des Bundesmedians.

Es fällt auf, dass die drei Werte in München besonders weit auseinanderliegen. Der niedrige Wert von 9,6 Prozent bei Verwendung des Bundesmedians ist Folge des höheren Einkommensniveaus in München. Allerdings wird so gerade nicht berücksichtigt, dass in München auch das regionale Preisniveau und insbesondere die Mieten/Wohnkosten weit über dem Durchschnitt Deutschlands liegen (was die Sinnhaftigkeit der Verwendung des jeweiligen „ebenengleichen“, regionalen Medianwertes bzw. Schwellenwertes nochmals plastisch belegt).

Tabelle 1: Armutsrisikoquoten der Bevölkerung insgesamt im Vergleich ausgewählter deutscher Großstädte bei Verwendung des regionalen, des Landes- und des Bundesmedians 2015 (in Prozent)

	München	Berlin	Hamburg	Köln	Nürnberg	Stuttgart
Regionaler Median	19,1	15,3	19,0	19,6	20,6	20,5
Landesmedian	12,7	15,3	19,0	18,5	26,1	18,7
Bundesmedian	9,6	22,4	15,7	19,6	22,3	14,8

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Amtliche Sozialberichterstattung 2016 (IT-NRW; Mikrozensus).

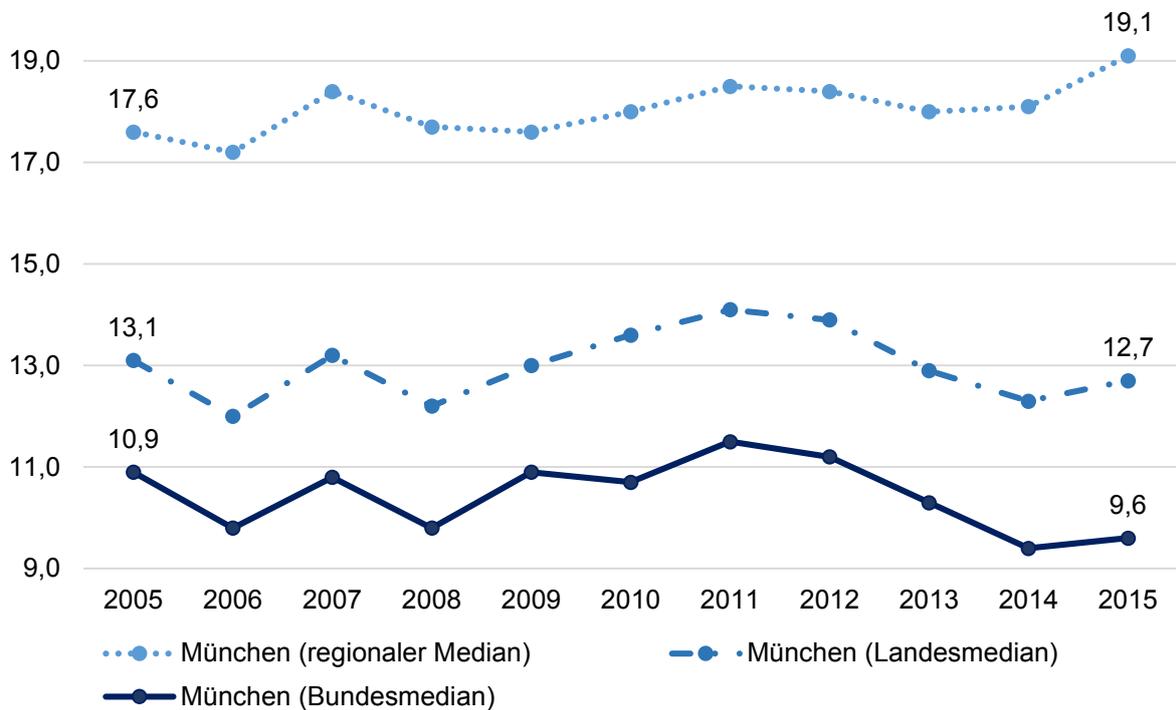
In diesem Sinn hat München eine Armutsrisikoquote, d. h. einen Anteil der Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, welcher in etwa auch in Hamburg wiederzufinden ist. Nur in (Gesamt-)Berlin ist der Wert geringer.

Bei der einheitlichen Verwendung des Bundesmedians würden nicht nur die angesprochenen Einkommensunterschiede nicht berücksichtigt, sondern auch die Unterschiede in den jeweiligen Preisniveaus, unter anderem auf dem Wohnungsmarkt. Mit dem regionalen Median geschieht dies wenigstens indirekt (und näherungsweise) über die Einkommensniveaus. Der regionale Median erlaubt außerdem die Bildung eines „echten“ mathematischen Bruches und vergleicht bzw. dividiert nicht „Äpfel mit Birnen“.

„Die soziale Teilhabe bezieht sich auch auf das Lebensumfeld der Menschen. Um die Armutsrisikoquote, als einen Indikator für soziale Teilhabe (...) zu betrachten, ist es sinnvoll, diese nicht nur auf Grundlage des Bundesmedians als Schwellenwert zu analysieren, sondern auch den regionalen Median für Länder, Regierungsbezirke, Raumordnungsregionen oder Großstädte hinzuzuziehen. Damit wird die Armutsgefährdung in einem engeren regionalen Kontext deutlich“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016a, S. 147).

Die Armutsrisikoquoten, die sich unter Verwendung des Bundes- und Landesmedians errechnen, würden den in München deutlich höheren Lebenshaltungs- und insbesondere Wohnkosten nicht gerecht werden. Die Quoten verlaufen weitgehend parallel (vgl. Abbildung 1) und im Übrigen unterhalb der bayerischen bzw. deutschen Quote mit leicht sinkender Tendenz.

Abbildung 1: Armutsrisikoquoten für München, gemessen an verschiedenen Referenz-Mittelwerten (Median) 2005 bis 2015 (in Prozent)



Quelle: AK-Sozialberichterstattung 2016 (Basis: Mikrozensus).

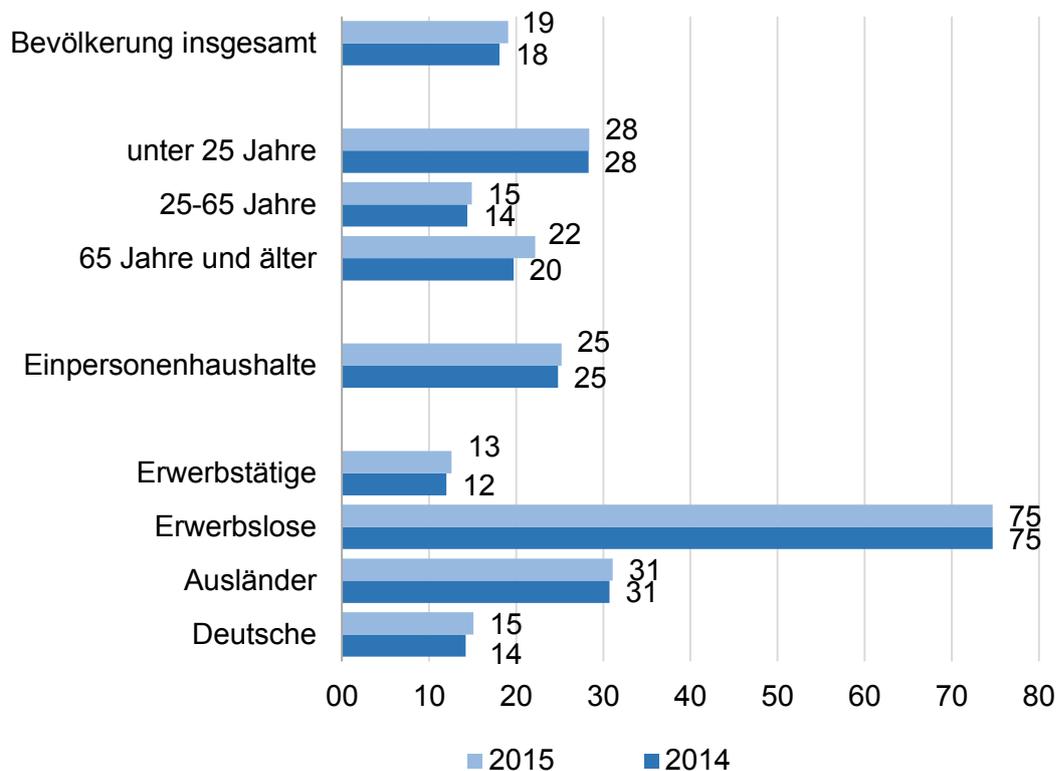
Gemessen am regionalen Median und den obenstehenden Armutsrisikoschwellen ist die Armutsgefährdungsquote in der Landeshauptstadt von 17,6 Prozent im Jahr 2005 auf die obengenannten 19,1 Prozent im Jahr 2015⁹ gestiegen.

Welche Armutsrisikoquoten errechnen sich auf diese Weise in gruppenspezifischer Differenzierung? Diese Frage wird mit Blick auf Geschlecht, Bildungsstand etc. in der Expertise III zur Verteilungssituation ausführlicher behandelt. Darstellung 3.2 zeigt die Ergebnisse als Hinweis nur kurz für drei Altersgruppen sowie für einige andere soziodemografische Merkmale für die Jahre 2014 und 2015. Hingewiesen sei auch auf den in allen Regionen gültigen Befund eines höheren Armutsrisikos im Alter von Frauen (in Bayern z. B. 2015: 24,4 % versus 18,5 % bei Männern). Das hat neben erwerbsbiografischen Unterschieden und einer geringeren Bezahlung von Frauen

⁹ Bei der Verwendung des Bundesmedians wäre ein Rückgang seit 2005 von 10,9 auf 9,6 Prozent festzustellen, bei Verwendung des Landesmedians von 13,1 auf 12,7 Prozent (auch letzterer ist im Übrigen der niedrigste Wert aller Großstädte).

auch damit zu tun, dass Frauen im Alter häufiger alleinlebend sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S.7ff.).

Darstellung 3.2: Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten in der Stadt München 2014 und 2015 (regionaler Median; in Prozent)



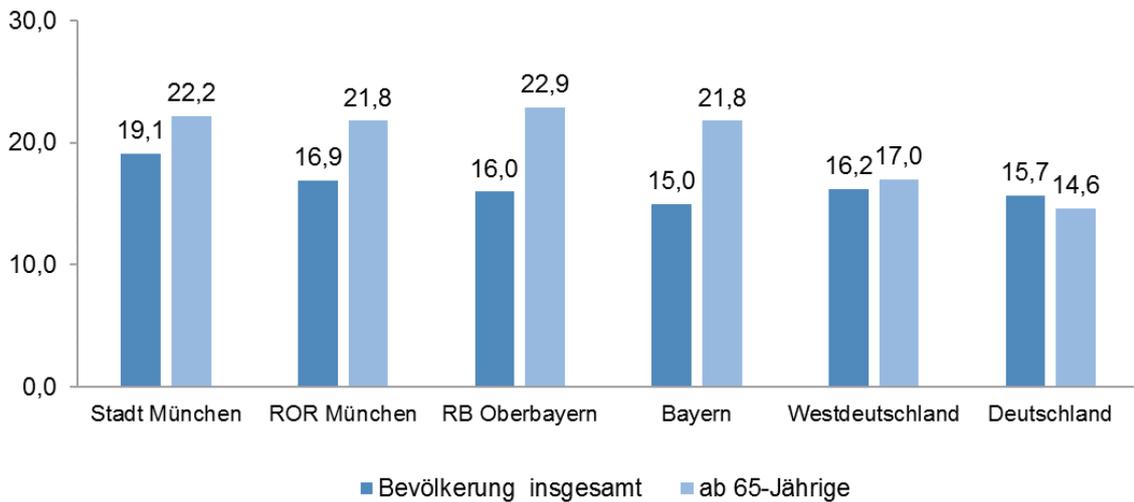
Quelle: Eigene Darstellung nach Sonderauswertung Mikrozensus 2015 (IT-NRW).

Die 22,2 Prozent der Älteren im Armutsrisiko sind 2015 verglichen mit dem Regierungsbezirk Oberbayern etwas geringer (22,9 %). Verglichen mit der Raumordnungsregion (21,8 %) und Bayern (21,8 %) sind sie etwas höher. Deutlich höher sind sie im Vergleich zu Westdeutschland (17,0 %) und Deutschland insgesamt (15,7 %). Dieses Muster ist also, wie Darstellung 3.3 zu entnehmen ist, eher umgekehrt zu demjenigen in der Gesamtbevölkerung. Bei diesem verzeichnet die Stadt München die höchste Quote und der Freistaat Bayern die geringste (19,1 vs. 15,0 %).

Erwerbslose, Ausländer, Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene (bis unter 25 Jahre) haben (2014 wie) 2015 die höchsten Armutsrisikoquoten. Aber auch die in dieser Expertise besonders wichtige Quote der ab 65-Jährigen ist mit 19,7 bzw. 22,2 (2014 bzw. 2015) Prozent überdurchschnittlich. Hochgerechnet sind in der Stadt

München damit 2014 rund 49.000 und 2015 rund 57.000 ab 65-Jährige betroffen. In ganz Bayern sind 1,89 Millionen Menschen im Jahr 2015 armutsgefährdet, davon alleine 555.000 Menschen ab 65 Jahre und damit 10.000 mehr als im Vorjahr.

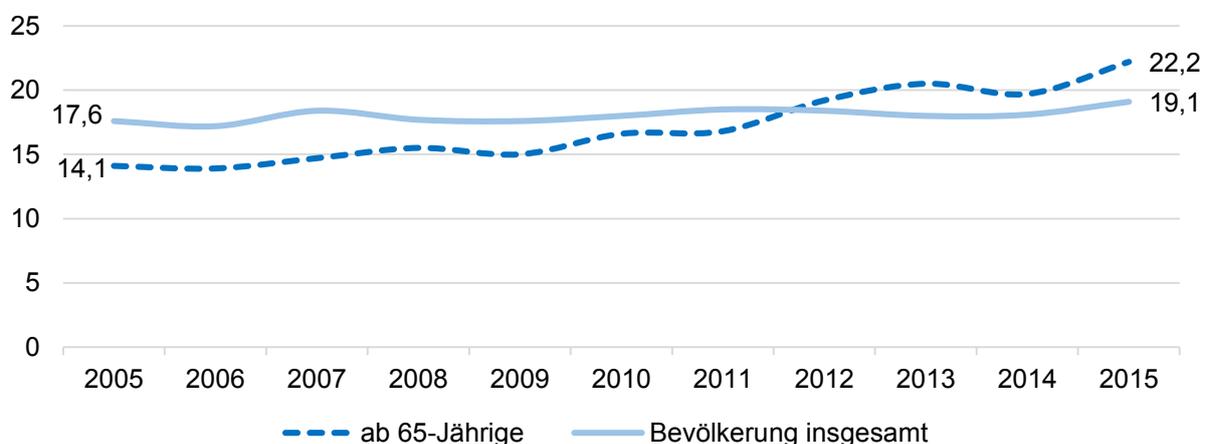
Darstellung 3.3: Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung insgesamt und der ab 65-Jährigen 2015 (regionaler Median; in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Sonderauswertung Mikrozensus 2015 (IT-NRW).

Über den Zeitraum 2005 bis 2015 hinweg betrachtet zeigt sich laut Mikrozensus für die Stadt München ein sehr starker Zuwachs bei der Armutsrisikoquote der ab 65-Jährigen von 14,1 auf 22,2 Prozent. Das ist wesentlich mehr als der Anstieg der Armutsrisikoquote für die Gesamtbevölkerung (von 17,6 auf 19,1 %; vgl. Darstellung 3.4).

Darstellung 3.4: Entwicklung der Armutsrisikoquoten 2005 bis 2015 für die Bevölkerung insgesamt und für ab 65-Jährige (regionaler Median, in Prozent)



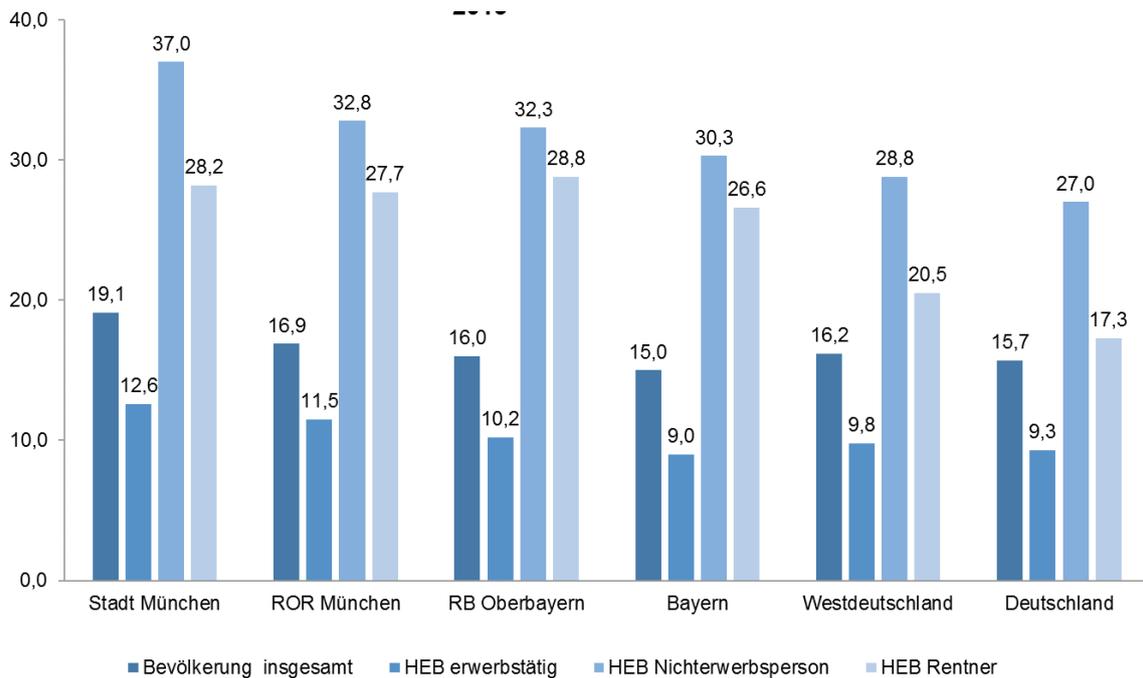
Quelle: Eigene Darstellung nach Sonderauswertung Mikrozensus 2015 (IT-NRW).

Trotz der sehr großen Stichprobe des Mikrozensus auch in einer einzelnen Großstadt ist eine weitere gruppenspezifische Differenzierung der Älteren von den Fallzahlen her nur begrenzt möglich. Darstellung 3.5 zeigt dazu die Armutsrisikoquote von RentnerInnen der gesetzlichen Rentenversicherung im regionalen Vergleich. Gegenübergestellt sind diese Werte den Armutsrisikoquoten der Gesamtbevölkerung, denjenigen von Erwerbstätigen und von allen Nichterwerbstätigen¹⁰ zusammen.

Das Armutsrisiko von RentnerInnen ist 2015 mit 28,2 Prozent deutlich höher als bei allen ab 65-Jährigen (vgl. Darstellung 3.5). Das liegt – wie Ergebnisse auf nationaler Ebene belegen – am geringen Armutsrisiko von Pensionierten und Teilen der ehemaligen Selbstständigen. Das Armutsrisiko von RentnerInnen in München, ist etwas geringer als im Regierungsbezirk Oberbayern, aber höher als in der Raumordnungsregion bzw. im gesamten Freistaat. Erwerbstätige verzeichnen demgegenüber ein überall niedrigeres, unterdurchschnittliches Armutsrisiko. In München ist der Anteil aber höher als im Umland bzw. im gesamten Freistaat. Armut trotz Erwerbstätigkeit – und das bei immerhin 12,6 Prozent der Erwerbstätigen in der Landeshauptstadt – bedeutet, dass die Vorstellungen „Hauptsache Arbeit, egal welche“ oder „Sozial ist, was Arbeit schafft“ falsch sind.

¹⁰ D. h. also auch StudentInnen, Hausfrauen bzw. -männer, Pensionärinnen und Pensionäre.

Darstellung 3.5: Armutsgefährdung der Erwerbstätigen und RentnerInnen¹⁾ 2015
(regionaler Median; in Prozent)



1) Ohne RentnerInnen mit einer zusätzlichen Pension oder Hinterbliebenenpension. Sonstige Nichterwerbspersonen sind z. B. Studenten oder ehemalige Beamte und ehemalige Selbstständige.

Quelle: Eigene Darstellung nach Sonderauswertung Mikrozensus 2015 (IT-NRW).

Einen Hinweis auf die Armutsrisikoquoten Älterer bei weiterer Differenzierung von Altersgruppen geben Mikrozensus-Ergebnisse auf der westdeutschen Ebene (vgl. Kasten).

Besonders hohes Armutsrisiko bei Betagten

Aus dem Mikrozensus liegen für die Ebene Westdeutschland (= alte Bundesländer ohne Westberlin) Ergebnisse mit einer Untergliederung der ab 65-Jährigen nach drei Altersgruppen vor.

Im Vergleich der Jahre 2005 und 2015 ist zunächst auf den deutlichen Anstieg der Armutsrisikoquoten bei allen drei Gruppen, insbesondere bei den ab 80-Jährigen und bei den 65- bis 70-Jährigen hinzuweisen (+4,1 bzw. 3,8 Prozentpunkte). Mit Abstand am höchsten ist die Armutsrisikoquote bei den ab 80-Jährigen am höchsten. Bei diesen dürfte der sehr hohe Anteil an Alleinstehenden eine besondere Rolle spielen, v. a. von verwitweten Frauen.

Tabelle 2: Armutsrisikoquoten von Älteren in differenzierter Altersgruppen 2005 und 2010 in Westdeutschland (regionaler Median; in Prozent)

	2005	2015
65- bis unter 70-Jährige	11,8	15,6
70- bis unter 80-Jährige	13,8	16,4
ab 80-Jährige	15,5	19,6

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus (IT-NRW)

3.2 Exkurs: Relative Armut und Grundsicherung (zur Dunkelzifferproblematik)

In dieser Expertise wird – wie mit der Auftraggeberin vereinbart – nicht auf die Messung der (bekämpften) Armut anhand von Grundsicherungsquoten eingegangen. Die entsprechenden Ausführungen werden von den MitarbeiterInnen des Sozialreferates geschrieben, die den Münchner Armutsbericht verfassen. Dennoch möchten wir auf einen wichtigen Punkt eingehen, der die enormen Unterschiede zwischen den Grundsicherungsquoten und den Armutsrisikoquoten betrifft. Die Quote der Grundsicherung im Alter steigt noch schneller als die Armutsrisikoquote der Älteren, ist aber in München (wie anderswo) viel niedriger als die Armutsrisikoquote der ab 65-Jährigen.

Zu dieser Differenz tragen mehrere Gründe bei: Der erste ist, dass normalerweise die Armutsrisikoschwelle etwas höher liegt (für München 2015 bei einem Einpersonenhaushalt: 1.183 Euro) als die durchschnittliche (von den Wohnkosten abhängige) Höhe der Grundsicherung. In diesem Bereich finden sich aber relativ viele Ältere. Bei Ihnen ist die Armutsrisikolücke¹¹ auch kleiner als in der Gesamtbevölkerung (vgl. Darstellung 3.6).

¹¹ Mit der relativen Armutsrisikolücke wird gemessen, um wieviel Prozent das mittlere Einkommen (Median) der Armutspopulation unter der Armutsrisikoschwelle liegt.

Darstellung 3.6: Armutsrisikolücke Älterer und relatives Einkommensmedianverhältnis Älterer 2007 bis 2013 in Deutschland (in Prozent)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Relative Armutslücke insgesamt	23	22	22	21	21	21	20
Relative Armutslücke ab 65-Jährige	18	17	17	17	18	19	18
Relatives Einkommensmedianverhältnis	0,87	0,87	0,88	0,89	0,90	0,88	0,89

Quelle: European Commission 2015, S. 305; 2015a, S. 77 (EU-SILC).

Die Grundsicherungsquoten sind zweitens deswegen so niedrig, weil viele Anspruchsberechtigte keine Leistungen beantragen bzw. eventuell auch über einen Wohngeldbezug einigermaßen ihr Auskommen sichern. Becker (2012) schätzt diese Dunkelziffer deutschlandweit auf 68 Prozent. Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme sind Scham, Informationsdefizite etc. Obwohl mit der Umstellung von der Sozialhilfe auf die Grundsicherung die Rückgriffsmöglichkeiten auf enge Verwandte eingeschränkt und die Informationspflichten öffentlicher Stellen ausgeweitet wurden, ist das Wissen um diese Leistungen bei den Betroffenen gering.

Den Zahlen ist zu entnehmen, dass die relative Armutslücke der ab 65-Jährigen in Deutschland durchgehend etwas kleiner ist als diejenige für die Gesamtbevölkerung. Das bedeutet, dass viele Alterseinkommen (wohl vor allem niedrige bis mittlere gesetzliche Altersrenten) die armen Älteren wenigstens auf ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen bringen, das geringfügig über dem Durchschnitt der Grundsicherungsschwelle aber unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt. Die eigentliche „Dunkelziffer der Armut“ kann dieser Umstand jedoch nicht erklären. Das laut Darstellung 3.6 recht konstante Einkommensverhältnis zwischen den Älteren und den unter 65-Jährigen (das relative Einkommensmedianverhältnis¹²) steht auf den ersten Blick in einem gewissen Gegensatz zum gesamten Bild einer steigenden Altersarmut.¹³ Es gebietet sich jedoch, dazu (vgl. Kapitel 5) in besonderem Maß die Streuung der Alterseinkommen bzw. der Renten in den Blick zu nehmen (vgl. Abschnitt 5.2). Durchschnitte sagen meist weniger aus als die Streuung.

¹² Diese Kennziffer gibt das Verhältnis zwischen dem mittleren (Median) Äquivalenzeinkommen von ab 65-Jährigen zum mittleren Äquivalenzeinkommen der unter 65-Jährigen wieder.

¹³ Allerdings ist der Betrachtungszeitraum, für die einigermaßen gesicherten EU-SILC-Daten, welche für Deutschland vorliegen (2007 bis 2013), sehr kurz.

4. Altersarmut in der Landeshauptstadt München – Differenzierte Ergebnisse aus der Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage 2016 (BesogeLa)

Für den Münchner Armutsbericht 2017 werden vor allem die Ergebnisse der Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage 2016 verwendet. Wichtig sind aber auch die Hintergrundinformationen aus der Erhebung „Älter werden in München“ (vgl. Referat für Gesundheit und Umwelt 2015; Weeber+Partner 2015). Für diese Untersuchung wurden 2013 in elf über die Stadt verteilten Untersuchungsgebieten (Quartieren) Personen zwischen 55 und 74 Jahren schriftlich und online befragt (5,5 % online). Es liegen 2.751 verwertbare Fragebögen vor. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ für die ganze Stadt, können aber bei entsprechender, vorsichtiger Interpretation durchaus interessante Hinweise zur Lebenslage der MünchnerInnen im Altersübergang liefern.

Eine Verwendung der in der Studie enthaltenen Armutsrisikoquoten der 65- bis 74-Jährigen (14 %) macht wegen der Altersbegrenzung nach oben, vor allem aber wegen der sich auf wenige Quartiere beschränkenden Stichprobe kaum Sinn.

Folgende inhaltliche Befunde aus der Befragung 2013 erscheinen jedoch im vorliegenden Kontext besonders erinnernswert:

- Zum Thema Dunkelziffer der Armut schreiben die Autoren dieser Studie: „Gerade Befragte mit niedrigem Einkommen (allerdings von denen, die noch keinen Antrag gestellt haben!) äußern häufiger, so lange wie möglich keinen Antrag zu stellen... Ein sehr großer Teil der Geringverdiener (der noch keine Leistungen empfängt) hätte im Falle des Bedarfs „starke Skrupel““ (Weeber+Partner 2015, S. 127).
- Die Angst vor Armut im Alter ist weit verbreitet und unterliegt einem klaren sozialen Gradienten (78 % „trifft voll/eher zu“ bei armen Personen versus 16 % bei reichen Personen; vgl. ebenda, S. 136).

Die Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage (BesogeLa 2016), auf die sich – soweit nichts Anderes ausgewiesen ist – alle in diesem Kapitel vorgestellten Zahlen beziehen, wurde im Februar 2016 durchgeführt. Es liegen 3.116 für die Berechnung von Nettoäquivalenzeinkommen verwertbare Interviews vor (von insgesamt 3.706).

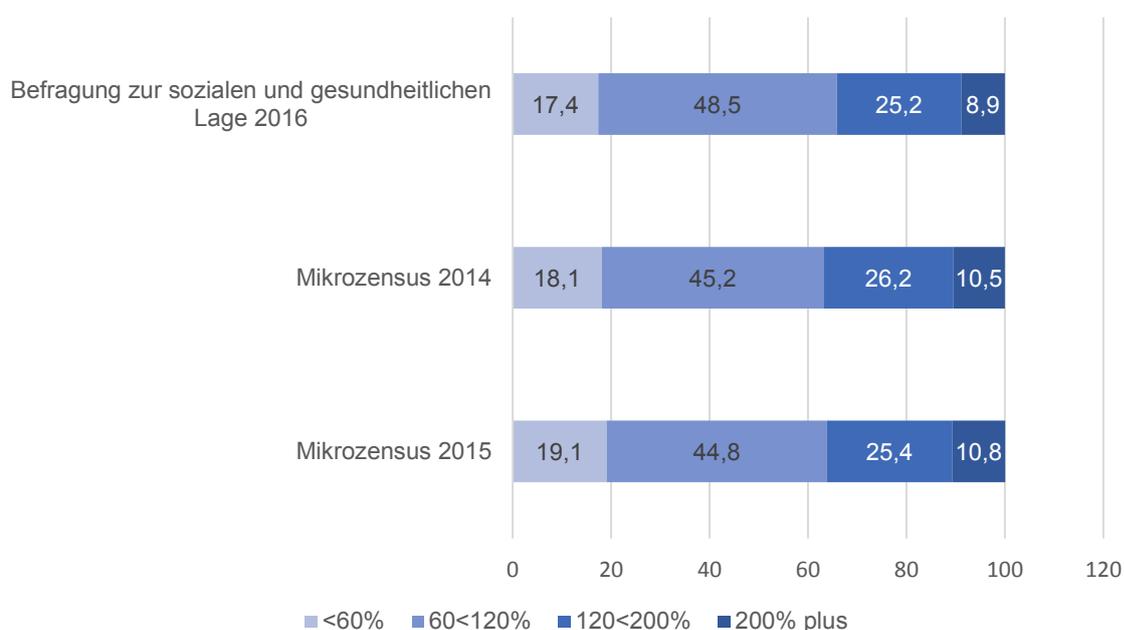
Folgende (gerundete) Werte kennzeichnen die Stichprobe auf der Ebene der Nettoäquivalenzeinkommen:

- Arithmetischer Mittelwert: 3.401 Euro,
- Median: 2.250 Euro,
- Minimum: 52 Euro,
- Maximum: 138.889 Euro.

Aus dem Medianwert errechnet sich eine Armutsrisikoschwelle des Nettoäquivalenzeinkommens (60 %) von 1.350 Euro (und eine Reichtumsschwelle (200 %) von 4.500 Euro). Dies bedeutet einen starken Anstieg im Vergleich zum Armutsbericht 2011 (mit Werten für 2010 von 1.667 Euro für den Median, 1.000 Euro für die Armutsrisikoschwelle und 3.334 Euro für die Reichtumsschwelle eines Einpersonenhaushalts).

Darstellung 4.1 präsentiert die Verteilung der Stichprobe der Eigenerhebung BesogeLa 2016 nach vier groben Nettoäquivalenzeinkommensgruppen – Arme, untere und obere Mitte sowie „Reiche“ – im Vergleich zu den Mikrozensus 2014 und 2015. Auf die letztgenannten drei Gruppen wird in der Expertise III zu Verteilung und Reichtum näher eingegangen.

Darstellung 4.1: Einkommenschichtung der Bevölkerung in der Stadt München, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen nach städtischer Umfrage BesogeLa 2016 und Sonderauswertung Mikrozensus 2014 und 2015 für die Stadt München (regionaler Median; in Prozent)



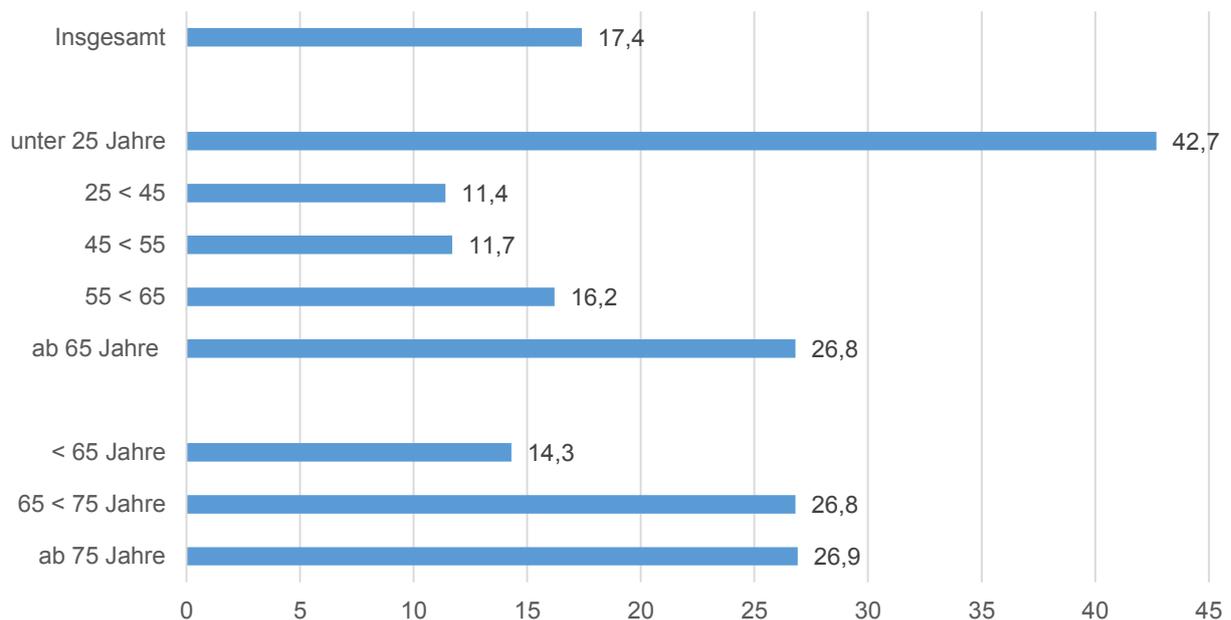
Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Befragung BesogeLa der Stadt München 2016 und Sonderauswertungen Mikrozensus IT-NRW für die Stadt München.

Angesichts der doch erheblichen methodischen Unterschiede zwischen der Eigenerhebung BesogeLa 2016 und dem Mikrozensus 2014 bzw. 2015 muss von einer überraschend hohen Übereinstimmung nicht nur bei den Armutsrisikoquoten sondern auch bei der gesamten Verteilung gesprochen werden¹⁴. Die Armutsrisikoquoten in der Bevölkerung insgesamt betragen für BesogeLa 17,4 Prozent und für den Mikrozensus 2014 18,1 Prozent sowie für den Mikrozensus 2015 19,1 Prozent.

4.1 Gruppenspezifische Betrachtung

In der Differenzierung nach Altersgruppen errechnen sich aus BesogeLa 2016 die in Darstellung 4.2 gezeigten Armutsrisikoquoten der Personen in Haushalten in München.

Darstellung 4.2: Armutsrisikoquoten in München 2016 (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

¹⁴ Die Armutsrisikoschwelle für einen Einpersonenhaushalt in München liegt bei der BesogeLa 2016 bei 1.350 Euro. Im Mikrozensus 2015 sind es 1.183 Euro (2014: 1.149 Euro).

Mit 42,7 Prozent ist die Armutsrisikoquote der unter 25-Jährigen im Vergleich zu anderen und anderweitigen Umfragen (unerklärlich) hoch. In den Altersgruppen zwischen 25 und 55 Jahren sind es dagegen „nur“ zwischen 11 und 12 Prozent. Bei den Personen im Altersübergang steigt die Quote auf 16,2 Prozent an.

Die Armutsrisikoquote bei den ab 65-Jährigen scheint laut BesogeLa mit 26,8 Prozent sehr hoch. Dieser erste Eindruck relativiert sich aber, wenn man z. B. an die ebenfalls sehr hohen 23 Prozent in Oberbayern laut Mikrozensus 2014 denkt. Zwischen den 65- bis 75-Jährigen und den ab 75-Jährigen unterscheiden sich die Quoten (26,8 bzw. 26,9 %) laut BesogeLa nicht.

4.2 Folgen: Lebenslagen, materielle Deprivation und soziale Isolierung/Exklusion

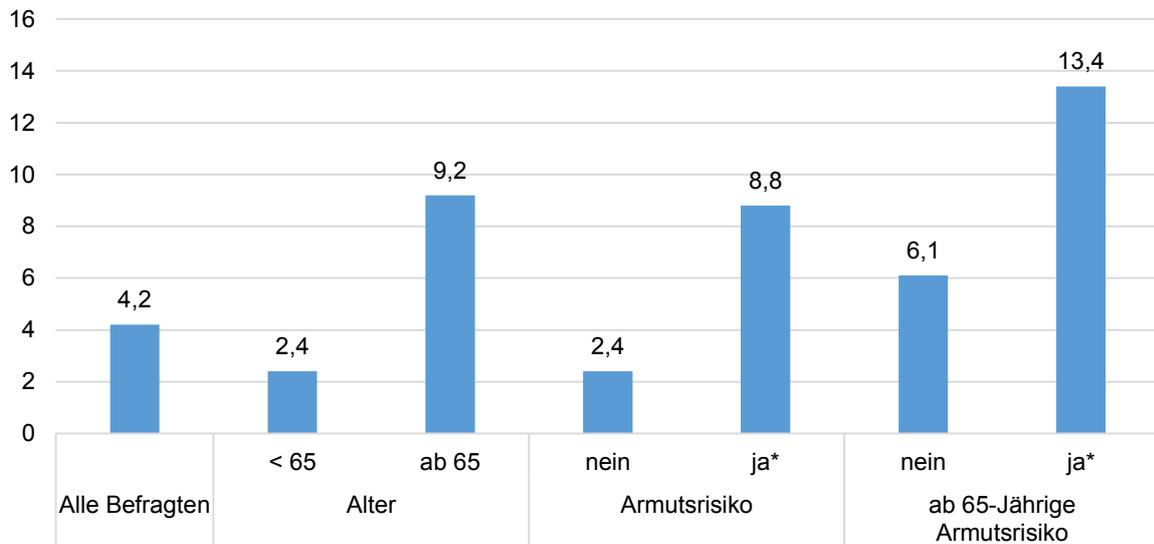
Armut ist – so der einhellige Konsens der entsprechenden Forschung aus verschiedensten Disziplinen – für einen sehr großen Teil der Betroffenen mit gravierenden negativen Begleiterscheinungen und Folgen verbunden. Das gilt ganz unabhängig von der betrachteten Altersgruppe: Die Lebenslage ist in praktisch allen Dimensionen schlechter. So korreliert¹⁵ Armut hoch mit einer schlechteren Gesundheit – wenn auch nicht unbedingt in allen Detailaspekten (z. B. Allergien) –, schlechteren Wohnbedingungen, einer geringeren Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern usw. Arme nutzen in der Tendenz öffentliche Infrastrukturangebote bzw. öffentliche Dienstleistungen seltener (vgl. Holler u. a. 2015), sie haben wenige bzw. weniger belastbare soziale Kontakte und potenzielle private Helfer in Notsituationen. Und: Arme bewerten ihre Lebenssituation tendenziell weniger positiv als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Vorgenanntes gilt, wie in diesem Abschnitt an Beispielen aus der BesogeLa-Umfrage 2016 gezeigt wird, bei Älteren in München genauso. In mancher Hinsicht verstärkt Armut ansonsten schon vorhandene altersbedingte Probleme der Teilhabe etc. sogar noch.

Darstellung 4.3 demonstriert das am Beispiel des subjektiv eingeschätzten Gesundheitszustandes der Befragten.

¹⁵ Nicht selten ist es in diesen Zusammenhängen unmöglich zwischen Wirkung und Rückwirkung zu trennen, Ursachen und Folgen zu unterscheiden. Ein klassisches Beispiel: Sind Arme kränker, weil sie arm sind – oder sind Kranke häufiger arm, weil Krankheit zu Armut führt?

Darstellung 4.3: Subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes als schlecht oder sehr schlecht in München 2016 (in Prozent)



* gemessen am regionalen Median.

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

Ältere bewerten ihren Gesundheitszustand deutlich häufiger als schlecht oder sehr schlecht als Jüngere, ebenso urteilen Arme negativer als Nichtarme. Treffen beide Merkmale aber zusammen, arm und alt, so zeigt sich der mit Abstand höchste Anteil von Befragten mit einem selbst als schlecht/sehr schlecht eingeschätzten Gesundheitszustand. Dieses Muster setzt sich bei weiteren Gesundheitsindikatoren fort, z. B. bei berichteten chronischen Erkrankungen, beschwerdefreien Tagen, Problemen mit der seelischen Gesundheit (Stress, Depressionen etc.) oder körperlicher Belastbarkeit. „In den letzten 30 Jahren haben zahlreiche empirische Studien gezeigt, dass auch in Deutschland, trotz des hohen allgemeinen Wohlstandes und der umfassenden sozialen Sicherungssysteme, ein enger Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und der Gesundheit besteht“ (Lampert u. a. 2016, S.153).

Differenzierter sind die Ergebnisse zum Thema Wohnen zu sehen. Zunächst ist festzuhalten, dass anderweitige Erhebungen sehr deutlich zeigen, dass die Qualität der Wohnung bzw. auch des Wohnumfeldes bei Armen und vor allem bei armen Älteren schlechter ist als bei Älteren bzw. der Bevölkerung insgesamt. Wenig überraschend ist, dass bei armen Älteren die relative Mietbelastung viel höher ist (bei 62,7 % beträgt sie über 40 % des Nettoeinkommens) als bei nicht armen Älteren (20,0 %) bzw. den 23,4 Prozent in der Bevölkerung insgesamt (vgl. Darstellung 4.4).

Darstellung 4.4: Wohnkostenbelastung in München 2016 (in Prozent)

	alle Befragten	ab 65 Jahre	
		nicht arm	arm
bis unter 10 %	9,8	14,2	1,2
10 bis unter 20 %	18,5	26,5	10,2
20 bis unter 30 %	29,3	23,6	15,1
30 bis unter 40 %	19,1	15,6	10,8
40 bis unter 50 %	11,4	10,4	20,5
Über 50 %	12,0	9,6	42,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

Auf den ersten Blick überraschend ist dagegen (vgl. Darstellung 4.5), dass die Wohnfläche pro Kopf in armen Seniorenhaushalten größer ist als im Durchschnitt aller Haushalte. So verfügen 29,8 Prozent der Älteren im Armutsrisiko über eine Wohnfläche von über 50 qm (Gesamtdurchschnitt 26,6 %). Bei Älteren mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen oberhalb der Armutsrisikoschwelle sind es 51,5 Prozent. Hier wirken offensichtlich mehrere Effekte zusammen: Erstens die Tendenz, dass viele Ältere möglichst lange in ihrer angestammten Wohnung verbleiben und einen Umzug vermeiden wollen. Andererseits wirkt bei armen Seniorenhaushalten in einem gewissen Maß der Zwang, in eine „angemessene“ Wohnung umzuziehen. Gleichzeitig steigt der Anteil der größeren Wohnflächen bei armen Älteren dadurch, dass ein größerer Anteil dieser Gruppe aus alleinstehenden (mehrheitlich verwitweten) Frauen besteht.

Darstellung 4.5: Wohnfläche pro Kopf in München 2016 (in qm)

	alle Befragten	ab 65 Jahre	
		nicht arm	arm
bis 20 qm	6,8	0,4	4,9
21 bis 30 qm	22,7	5,5	12,7
31 bis 40 qm	25,7	21,8	35,6
41 bis 50 qm	18,2	21,3	17,1
Über 50 qm	26,6	51,1	29,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

4.2.1 Materielle Deprivation

Ein weiteres Beispiel für einen im Vergleich zum Durchschnitt größeren Anteil älterer Armer mit Versorgungsdefiziten liefert die BesogeLa-Befragung 2016 der Landeshauptstadt München in Bezug auf das finanziell bedingte Fehlen von

Gebrauchsgütern im Haushalt, die gemeinhin als zur Grundausrüstung gehörend betrachtet werden (vgl. Darstellung 4.6).

Man kann trefflich darüber streiten, ob in einer Stadt wie München ein Auto zum Ausstattungsstandard gehört. Hier wird aber nur auf den Anteil derjenigen Befragten abgestellt, die finanzielle Gründe als ursächlich für das Fehlen der jeweiligen Gebrauchsgüter angeben.

Darstellung 4.6: Fehlen bestimmter Gegenstände im Haushalt aus finanziellen Gründen bei ab 65-Jährigen in München 2016 (in Prozent)

	alle Befragten	ab 65 Jahre	
		nicht arm	arm
Telefon oder Mobiltelefon	0,0	0,2	1,4
Waschmaschine	1,4	0,4	4,0
Kühlschrank	0,3	0,2	0,5
Gefrierschrank/Gefriertruhe	3,1	0,7	10,3
Fahrräder für jedes Haushaltsmitglied, das eines nutzen kann	3,0	0,5	5,7
Auto	8,9	2,7	21,2
Computer (auch Laptop, Notebook, Netbook, Tablet o. ä.)	2,7	1,6	13,5
Internetanschluss	2,5	1,8	13,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

Die Prozentanteile in der Tabelle sind insgesamt gesehen nicht sehr hoch. Dennoch fällt z. B. auf, dass 21,2 Prozent der Älteren im Armutsrisiko vom Fehlen eines Autos im Haushalt aus finanziellen Gründen berichten. Bei Älteren ohne Armutsrisiko sind es dagegen nur 2,7 Prozent und bei den Befragten insgesamt 8,9 Prozent. Bezogen auf das Fehlen eines Internetanschlusses sind es 13,2 Prozent der armen Älteren, bei nicht-armen Älteren sind es 1,8 Prozent und in der Gesamtbevölkerung nur 2,5 Prozent.

Da sich bei dieser Fragestellung mehrere Begründungen für das Fehlen dieser Gebrauchsgüter überlagern können und die Neigung zur Reduzierung kognitiver Dissonanzen Befragte davon abhalten kann – auch sich selbst – die schlechte finanzielle Lage einzugestehen, sind solche Befunde allerdings immer nur mit Vorsicht zu interpretieren. Das Gleiche gilt ebenso für die in Darstellung 4.7 abgefragten weiteren Indikatoren, die sehr stark an die Skalen zur sogenannten „materiellen Deprivation“ angelehnt sind, wie sie seit längerem in den Umfragen EU-SILC und SOEP verwendet werden. Allerdings sind hier die Prozentanteile derer wesentlich höher, die angeben, dass finanzielle Gründe für den abgefragten Umstand ausschlaggebend sind.

Bei allen zehn Indikatoren in Darstellung 4.7 nennen arme Ältere deutlich häufiger als ihre besser gestellten AltersgenossInnen bzw. die Befragten insgesamt finanzielle Gründe als Ursache für einen Verzicht auf die abgefragte Verhaltensweise. Teils sind die finanziell begründeten Verzichte in der Gesamtbevölkerung auch noch verbreiteter als bei den nicht-armen Älteren. Die Anteile sind bereits in der Gesamtbevölkerung erheblich; z. B. sagen 22,5 Prozent der gesamten Münchener Bevölkerung, dass sie aus finanziellen Gründen auf eine Renovierung der Wohnung und/oder das Ersetzen von abgewohnten Möbeln verzichten (arme Ältere: 51,3 %). 15,4 Prozent in der Gesamtbevölkerung und 50,3 Prozent von den armen Älteren verzichten aus finanziellen Gründen darauf, mindestens einmal im Monat an einer Kultur- oder Sportveranstaltung teilzunehmen, die nicht kostenfrei ist. Ein drittes und letztes Beispiel zu Darstellung 4.7: Wenn 41,0 Prozent der armen Älteren unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 500 Euro aus eigener Kraft nicht stemmen können, so wird das spätestens dann zum Problem, wenn sie die hohen Zinsen eines Dispokredits tragen müssen oder in ihrem Alter keinen Bankkredit mehr eingeräumt bekommen. Bei 15 Prozent der Gesamtbevölkerung wird entsprechend auch das Thema Ver- bzw. Überschuldung virulent.

Darstellung 4.7: Aspekte materieller Deprivation in Haushalten Äterer in München 2016 (in Prozent)

Es können sich finanziell nicht leisten...	alle Befragten	ab 65 Jahre	
		nicht arm	arm
Mindestens eine Woche pro Jahr in den Urlaub zu fahren	13,2	9,5	44,9
Unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 500 Euro aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten	15,0	4,3	41,0
Medikamente, die die Krankenkasse nicht zahlt in der Höhe von weniger als 60 Euro pro Person im Jahr	4,1	1,3	13,5
Medizinische/zahnmedizinische Leistungen, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden in der Höhe von weniger als 120 Euro pro Person im Jahr	7,9	2,7	27,3
Kleidung zu ersetzen	4,3	1,6	17,3
Renovierung der Wohnung und/oder Ersetzen von abgewohnten Möbeln	22,5	10,0	51,3
Fahrtkosten für den öffentlichen Nahverkehr	4,0	2,0	15,9
Mindestens einmal im Monat an einer Kultur- oder Sportveranstaltung teilzunehmen, die nicht kostenfrei ist	15,4	10,7	50,3
Energieeffiziente Haushaltsgeräte	14,9	7,1	47,9
Die Wohnung angemessen zu heizen	5,0	2,3	9,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

4.2.2 Soziale Unterstützung und soziale Exklusion

Armut hat noch weitergehende Folgen für die Betroffenen. 28,1 Prozent der Befragten in München antworteten 2016 auf die Frage „Wie viele Menschen gibt es, auf die Sie sich verlassen können, wenn Sie Probleme haben?“ mit „keine“ oder „1 bis 2“ (vgl. Darstellung 4.8). Bei den Älteren im Armutsrisiko sind es – in relativer Betrachtung – mit 50,2 Prozent knapp doppelt so viele, die über ein nur derart begrenztes Potenzial an „Vertrauenspersonen“ verfügen. Aber auch bei nicht-armen Älteren sind es mehr als ein Drittel (34,3 %).

Darstellung 4.8: Zahl der Personen, auf die man sich bei persönlichen Problemen verlassen kann – München 2016 (in Prozent)

		alle Befragten	ab 65 Jahre	
			nicht arm	arm
Wie viele Menschen gibt es, auf die Sie sich verlassen können, wenn Sie persönliche Probleme haben?	keine	2,0	1,6	5,9
	1 bis 2	26,1	32,7	44,3
	3 bis 5	42,8	46,1	35,0
	mehr als 5	29,1	19,5	14,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

Dementsprechend äußerten – in relativer Perspektive – mit 31,4 Prozent doppelt so viele ältere Arme, dass es für sie schwierig oder sogar sehr schwierig wäre, im Bedarfsfall praktische Hilfe von anderen zu erhalten, als es bei nicht-armen Älteren der Fall ist (14,4 %; vgl. Darstellung 4.9).

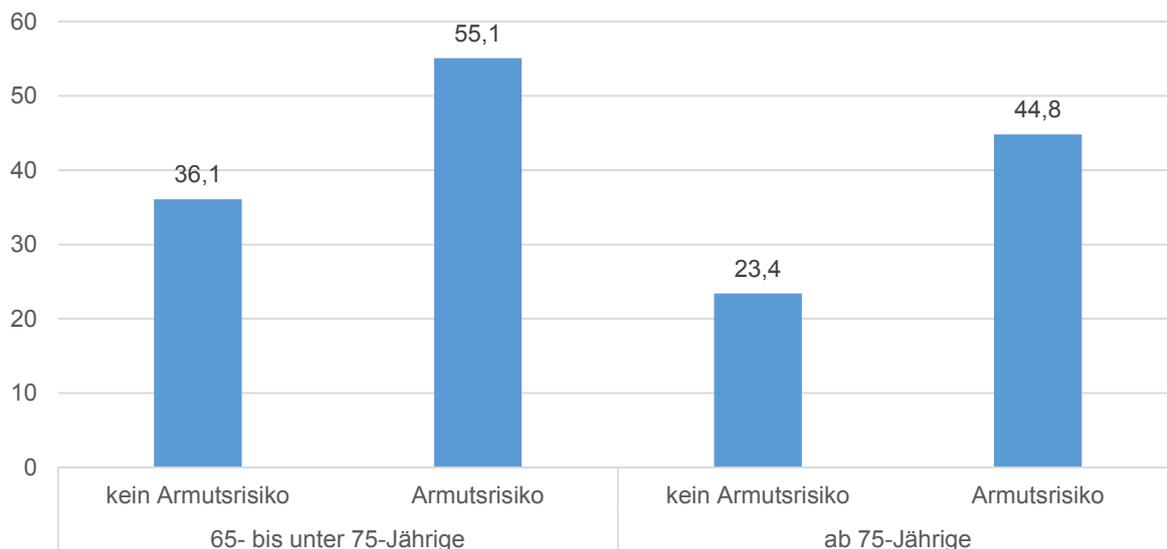
Darstellung 4.9: „Wie einfach ist es für Sie, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn Sie diese benötigen?“ – München 2016 (in Prozent)

		alle Befragten	ab 65 Jahre	
			nicht arm	arm
Wie einfach ist es für Sie, praktische Hilfe von andern Personen zu erhalten, wenn Sie diese benötigen?	sehr einfach	23,4	18,1	14,7
	einfach	59,2	67,5	53,9
	schwierig	14,3	12,2	23,0
	sehr schwierig	3,1	2,2	8,4

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016.

Differenziert man zu den beiden letztgenannten Indikatoren die Älteren in 65- bis unter 75-Jährige und ab 75-Jährige, so ergibt sich der in Darstellung 4.10 gezeigte Befund.

Darstellung 4.10: Ältere mit einem nur sehr begrenzten Kreis¹⁾ an Vertrauenspersonen in München 2016 (in Prozent)



¹⁾ keine oder maximal 1-2 Personen

Quelle: Eigene Berechnungen nach BesogeLa 2016

Ab 75-Jährige verfügen erwartungsgemäß zu einem geringeren Anteil über einen größeren Kreis an Personen, auf die man sich verlassen kann, wenn man

persönliche Probleme hat, als die „jungen Alten“. Verfügen die befragten Älteren über ein Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, so liegen die Anteile derjenigen mit einem nur sehr begrenzten Kreis an Vertrauenspersonen erheblich höher. Armut kann also in eine soziale Isolation führen, die sich im Alter stärker manifestiert. Diesem Befund steht der mit 44,8 Prozent eigentlich „niedrige“ Wert bei den ab 75-Jährigen nicht unbedingt entgegen: Ein großer Teil dieser Population sind vermutlich¹⁶ bereits alleinlebende (verwitwete) Frauen, die eher als Männer derartige persönliche Nahbeziehungen (auch über die aktive Erwerbsphase hinaus) pflegen und aufrechterhalten.

„Jüngere Alte“ (65 bis unter 75 Jahre) berichten mit ca. 17 Prozent genauso häufig wie ab 75-Jährige, dass es für sie schwierig oder sehr schwierig ist, im Bedarfsfall praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten. Betrachtet man jeweils nur die Teilgruppen der Armen, so ist nur bei der Gruppe der 65- bis 74-jährigen Armen von den Fallzahlen her eine statistisch sichere Aussage möglich. In dieser Gruppe berichten mit 37,9 Prozent deutlich mehr Personen von entsprechenden Schwierigkeiten. Bei den ab 75-jährigen Armen sind es (statistisch weniger gesichert) dagegen nur 23,9 Prozent (wobei auch hier die oben angeführte geschlechterspezifische „Erklärungshypothese“ Gültigkeit haben dürfte).

¹⁶ Diese Hypothese lässt sich aufgrund von Fallzahl-Beschränkungen im Datensatz nicht überprüfen.

5. Zum Zusammenhang von Alterseinkommen/Altersarmut und der Höhe der gesetzlichen Renten

Die Ursachen von geringen Alterseinkommen/Altersarmut sind vielfältig und können hier nicht im Detail analysiert werden – dies wäre ein eigenständiges und größeres Forschungsprojekt. Zu warnen ist aber a) vor monokausalen Erklärungen und b) vor Vereinfachungen wie der gängigen Vorstellung, die Rentenpolitik sei eindeutig die alleinige Ursache. Insbesondere kann jedoch nicht von geringen Versichertenrenten – die selbst wiederum aus komplexen Einflussfaktoren resultieren – eindeutig auf ein geringes Alterseinkommen, gar im Haushaltszusammenhang, und dann gegebenenfalls auf Altersarmut gefolgert werden.

Drei Aspekte sind hierfür besonders wichtig. Erstens beziehen viele Ältere neben einer eigenen Versichertenrente auch noch andere Alterseinkünfte, so z. B. eine abgeleitete Rente wegen Todes von Partnerin oder Partner, Renten aus der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge, Erwerbseinkommen, Kapitalerträge (je nach Abgrenzung mit oder ohne den fiktiven Mietwert einer selbstgenutzten Immobilie) usw. Zweitens gibt es Ältere, die nie oder nur sehr kurz (unter 5 Jahre) in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezahlt haben und dementsprechend auch gar keine oder nur geringe eigene GRV-Rente beziehen, aber über höhere andere Alterseinkommen verfügen. Drittens werden ein niedriges Alterseinkommen und speziell die Armutsgefährdung im Haushaltszusammenhang bestimmt. D. h., es werden alle Einkommen aller Personen im Haushalt zusammengerechnet, und dann wird die Berechnung mit den Äquivalenzgewichten durchgeführt.

Ein im vorliegenden Zusammenhang klassischer – und nicht seltener – Fall ist ein vormaliger Beamter oder Selbstständiger, der vor seiner biografischen Haupttätigkeit bereits so viele Jahre als Arbeiter oder Angestellter Beiträge in die GRV einbezahlt hat, dass er eine, wenn auch kleine, eigene Versichertenrente bezieht. Die hauptsächlichsten Alterseinkommen stammen aber aus anderen Quellen. Es ist unmittelbar einsichtig, dass hier nicht von der niedrigen GRV-Rente auf ein Armutsrisiko geschlossen werden kann.

Dazu ist andererseits aber auch zu beachten, dass es trotz aller Datenlücken zu diesen Themen klare Befunde gibt, die besagen, dass gerade viele BezieherInnen relativ geringer und vor allem mittlerer Versichertenrenten keine bzw. nur geringere weitere Alterseinkünfte beziehen (vgl. Bäcker, Kistler 2016). Darstellung 5.1 gibt hierfür Zahlen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 auf der nationalen Ebene wieder.

Darstellung 5.1: Monatliche Einkommen von Rentnerhaushalten in Deutschland nach Haushaltseinkommensklassen und ausgewählte Einkommensbestandteile 2013 (in Euro)

	Haushaltseinkommen von ... bis unter ... Euro								
	Haus- halte insg.	unter 900	900 – 1.300	1.300 – 1.500	1.500 – 2.000	2.000 – 2.600	2.600 – 3.600	3.600 – 5.000	5.000 – 18.000
	in Prozent (quer)								
Anteile an allen Rentnerhaushalten (in Prozent)	100	11	16	8	19	18	17	7	4
	in Euro								
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	82	(8)	30	33	44	59	105	212	543
Einnahmen aus Vermögen	412	-11	51	104	229	424	658	1.054	2.212
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1.670	829	1.074	1.303	1.520	1.849	2.247	2.595	2.823
darunter (Brutto)Renten der gesetzl. Rentenvers.	1.470	700	976	1.175	1.388	1.673	1.995	2.136	2.147
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	236	26	57	93	119	158	275	651	1.803
darunter (Brutto)Werks- und Betriebsrenten	130	(4)	14	25	45	76	164	462	1.045
Haushaltsbruttoeinkommen	2.438	854	1.217	1.543	1.822	2.506	3.312	4.618	7.866
abzüglich:									
- Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	30	/	(3)	/	5	15	25	97	356
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	211	87	113	145	171	216	284	405	568
Haushaltsnettoeinkommen	2.206	767	1.103	1.399	1.750	2.282	3.014	4.139	6.997

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach EVS 2013.

Der Darstellung ist zu entnehmen, dass in Rentnerhaushalten mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die durchschnittlichen Beträge der verschiedenen Einkommensarten allesamt klar zunehmen. Beziehen etwa die Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro (diese Gruppe erhält im Mittel GRV-Renten von 700 Euro) Einnahmen aus Vermögen in Höhe von durchschnittlich nur

11 Euro und Betriebsrenten von durchschnittlich ca. 4 Euro, so sind es in der obersten Nettoeinkommensgruppe von 5.000 bis 18.000 Euro Vermögenseinkommen von 2.212 Euro und Betriebsrenten von durchschnittlich 1.045 Euro pro Haushalt, die zu den im Vergleich ebenfalls weit überdurchschnittlichen 2.147 Euro GRV-Renten dieser Gruppe hinzukommen. Noch deutlicher kommt dieses Problem in einem Befund aus der letzten verfügbaren ASID-Studie 2015 (Alterssicherung in Deutschland) zum Ausdruck (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016, S. 96 ff.): Von den ehemaligen ArbeiterInnen bzw. Angestellten bezogen im Jahr 2015 57 Prozent als Person neben Alterssicherungsleistungen, keine zusätzlichen Einkünfte. Die Renten aus der GRV sind also bereits von daher mit Abstand (63 % vgl. ebenda, S.94) die bedeutendste Einkommenskomponente im Alter. Es bietet sich daher an, die GRV-Renten auch in der Armutsberichterstattung besonders zu beachten.

5.1 Regionale Differenzierung und zeitliche Entwicklung der GRV-Renten

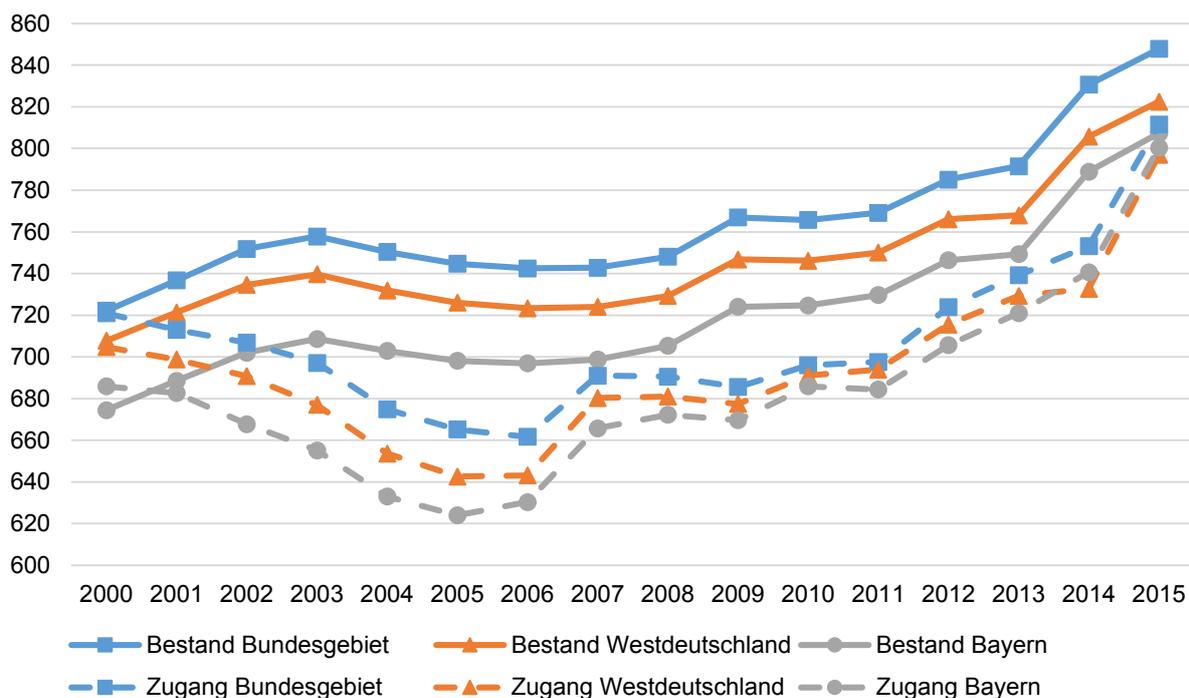
In diesem Sinne betrachtet Darstellung 5.2 zunächst, wie sich die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenzugang (Neurenten) und im Rentenbestand in Deutschland, Westdeutschland und Bayern seit dem Jahr 2000 entwickelt haben. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und solche wegen Alters werden also ebenso gemeinsam betrachtet wie (diese) Renten an Männer und Frauen. Die Darstellung zeigt vor allem:

- 1) Im Verlauf der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts haben die diversen Rentenreformen der Regierungen Kohl und Schröder massive Spuren hinterlassen (z. B. die Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn). Bei den Neurenten ist der durchschnittliche Zahlbetrag einige Jahre lang von Jahr zu Jahr deutlich bis 2006 gesunken. Erst seither steigen die nominalen Zahlbeträge im Trend wieder an.¹⁷
- 2) Mit einer leichten Zeitverzögerung hat sich das bei den Bestandsrenten abgeschwächt fortgesetzt. Diese steigen im Trend ebenfalls seit 2006 wieder; der Trend ist aber wegen der Absenkungsmechanismen des Rentenniveaus („Demografiefaktor“, „Riester-Treppe“) langfristig gesehen schwächer.

¹⁷ Die Entwicklung 2013/2014 und 2015 hat mit der Mütterrente und dem Reformpaket 2014 zu tun. Je nach Berücksichtigung/Herausrechnung dieses Sondereffekts kommt es zu einem steilen Anstieg oder leichten Rückgang der Zahlbeträge (vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund 2015).

- 3) Sowohl bei den Neurenten als auch bei den Bestandsrenten liegen die durchschnittlichen Zahlbeträge der im Freistaat Bayern gezahlten Versichertenrenten im gesamten Betrachtungszeitraum unter den westdeutschen Zahlbeträgen.¹⁸ Ausnahme sind die Zugangsrenten 2014, die nach einer langsamen Annäherung der bayerischen und westdeutschen Werte in Bayern 2014 und 2015 erstmals höher sind als im westdeutschen Durchschnitt. Ob sich das fortsetzt, oder ob das nur dem in der Fußnote erwähnten Sondereffekt zugeschrieben werden muss, kann noch nicht entschieden werden.

Darstellung 5.2: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten und Bestandsrenten (Alter und Erwerbsminderung) 2000 bis 2015 (in Euro/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

¹⁸ Die Unterschiede haben vor allem historische Gründe. Man kann sich das am Beispiel einer heute 76-jährigen Rentnerin verdeutlichen. Diese wurde 1940 geboren. Ihre Lehrkräfte in der (auf dem Land noch mit 4, z. T. auch 8 Klassen in einem Raum ausgestatteten) Volksschule entschieden also ca. 1949/50 (zu Zeiten etwa eines Kultusministers Hundhammer – ein sehr ehrenswerter Mann, aber konservativ bis in die Bartspitzen) über die weitere Schullaufbahn. An eine Bildungsexpansion – vor allem für Mädchen – dachte damals in Bayern kaum jemand. Bayern war noch lange nicht das wirtschaftsstarke Bundesland wie heute. Die Erwerbsquoten waren, zumindest bezogen auf sv-pflichtige Beschäftigung, gering, die Löhne niedrig. Es kommt hinzu, und das gilt bis heute, dass in Bayern klassische Niedriglohnbranchen (etwa im Tourismus) eine große Bedeutung haben.

Von besonderer Bedeutung ist der oben angebrachte Hinweis, dass es sich bei den gezeigten Zahlen in der Darstellung um nominale Werte handelt, d. h. die Preisniveausteigerungen/Kaufkraftverluste sind nicht berücksichtigt.

Inflationsbereinigt liegen die Endpunkte der jeweiligen Kurven – die im Übrigen alle dem gleichen Muster folgen – deutlich unterhalb der Ausgangswerte von 2000 (vgl. dazu ausführlicher Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2015, S. 108 f.). Hinzu kommt, dass die Kaufkraft regional nicht einheitlich ist (vgl. Kasten).

Große Unterschiede in der regionalen Kaufkraft

Bezogen auf nominal gleiche Einkommensbeträge oder Rentenzahlbeträge ist immer auch mit zu bedenken, dass „ein Euro nicht überall gleich viel wert ist.“ So ergab eine – unseres Erachtens zu vereinfachende – Modellrechnung von Prognos für zwei beispielhafte Fälle eines männlichen Elektroinstallateurs in Berlin und München das nachfolgende Ergebnis:

Tabelle 3: Rentenhöhe, Rentenkaufkraft und Bruttorentenniveau (2014) am Beispiel eines männlichen Elektroinstallateurs in Berlin und München (in Euro und Prozent)

	Bruttorente	Rentenkaufkraft	Bruttorentenniveau
Berlin	1.451	1.369	35,3 %
München	1.452	1.113	34,4 %

Quelle: Prognos AG 2015, S. 26.

„Der Einfluss der unterschiedlichen regionalen Kaufkraft wird auch beim Vergleich zwischen den Großstädten München und Berlin deutlich. Ein Elektroinstallateur erreicht zunächst in München und in Berlin eine Bruttorente, die in etwa dem Bundesdurchschnitt entspricht. Die Kaufkraft in München fällt allerdings deutlich geringer aus, sodass kaufkraftbereinigt nur gut 1.100 Euro Rente verbleiben, während der Kollege in Berlin eine Rentenkaufkraft von 1.370 Euro erzielt.“

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Berlin das Arbeitslosigkeitsrisiko deutlich höher ist als in München. In der typisierten Biografie des Elektroinstallateurs spielt dies zwar keine Rolle, eine Garantie für eine geschlossene Erwerbsbiografie ist das nicht.“

(Prognos AG 2015, S.26 f.)

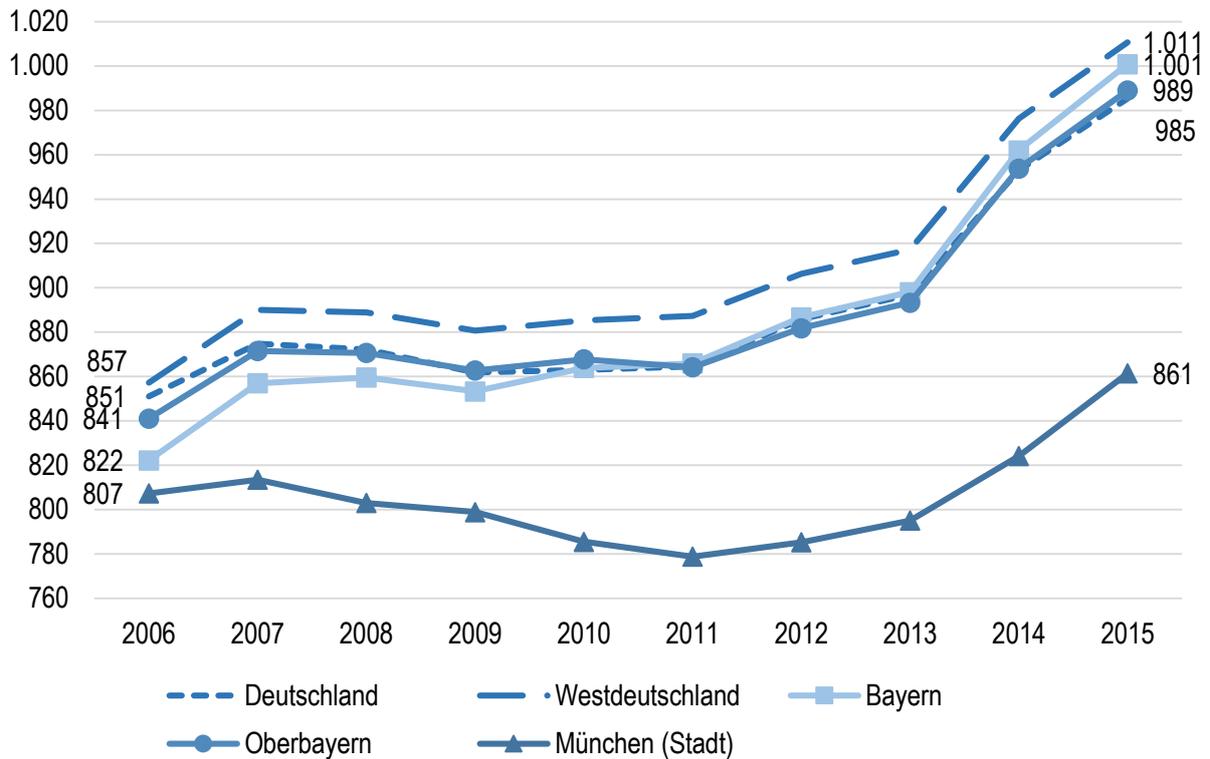
Im Folgenden wird die regionale Vergleichsebene bis auf den Stadtkreis München verfeinert und gleichzeitig beispielhaft die Differenzierung der Rentenzahlbeträge nach Rentenarten und nach Geschlecht betrachtet.

Im Stadtkreis München liegen die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten¹⁹ mit 803 Euro und für Oberbayern mit 811 Euro im Jahr 2015 bei bzw. gleichauf mit dem gesamtdeutschen Wert (811 Euro). Dabei liegt die Zahlung bei Renten an Männern (vgl. Darstellung 5.3) in der Landeshauptstadt (861 Euro) aber deutlich unterhalb der Beträge für Oberbayern, Bayern, Westdeutschland und Deutschland. Bei Renten an Frauen bedeuten die 752 Euro dagegen mit Abstand den höchsten Wert (vgl. Darstellung 5.4).

Bei den neuen Altersrenten sind die Beträge für München (822 Euro), Oberbayern (827 Euro) und Deutschland insgesamt (839 Euro) fast gleich hoch. Die Altersrenten an Männer sind 2015 in München bzw. Oberbayern mit 891 Euro bzw. 1.029 Euro am geringsten. Bei den Renten an Frauen ist der Wert für München (763 Euro) mit Abstand am höchsten (was vor allem an der traditionell für Großstädte eher typischen höheren Erwerbsquote der Frauen in der Landeshauptstadt München liegen dürfte).

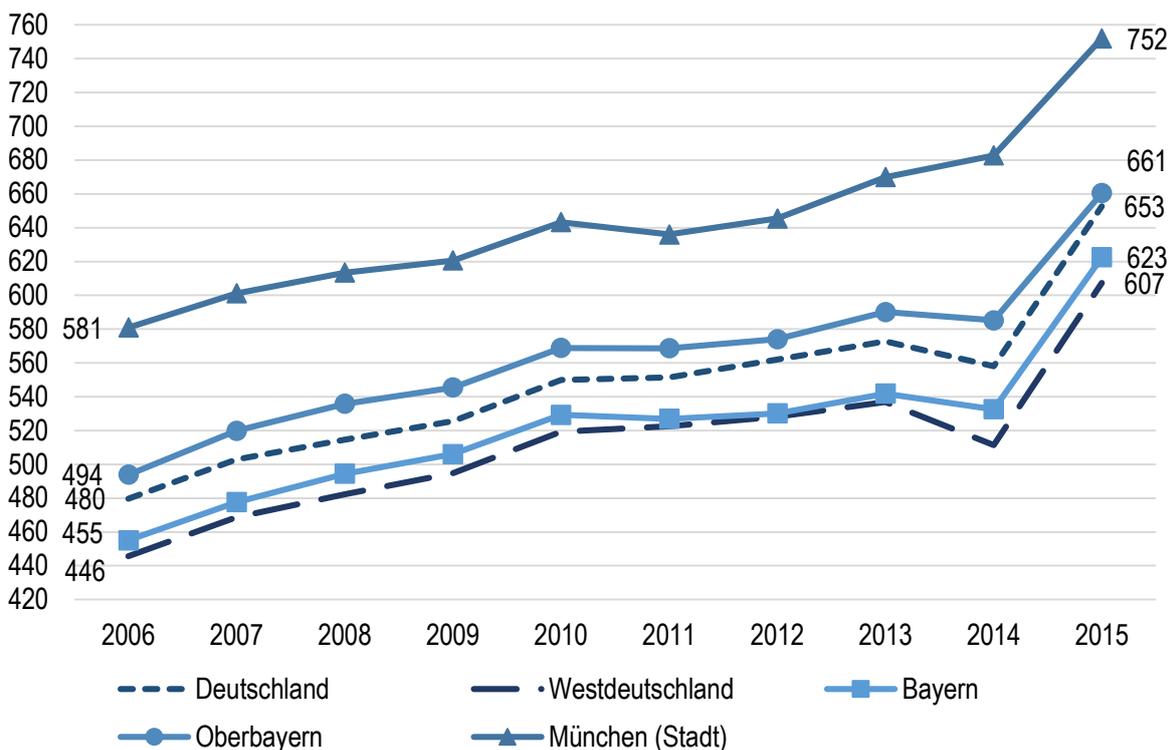
¹⁹ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden bei Erreichen der jeweiligen Regelaltersgrenze in Altersrenten umgewandelt (normalerweise in gleicher Höhe).

Darstellung 5.3: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten, Männer 2006-2015 (in Euro/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

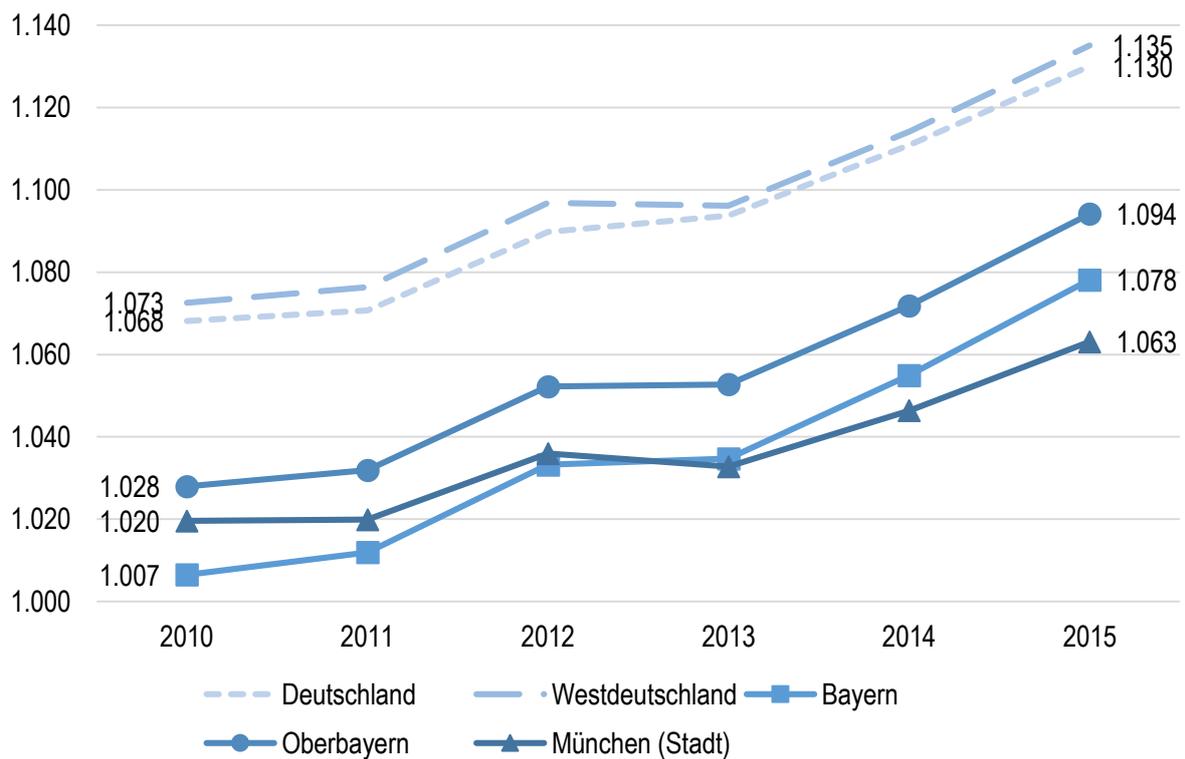
Darstellung 5.4: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Neuen Versichertenrenten, Frauen 2006-2015 (in Euro/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

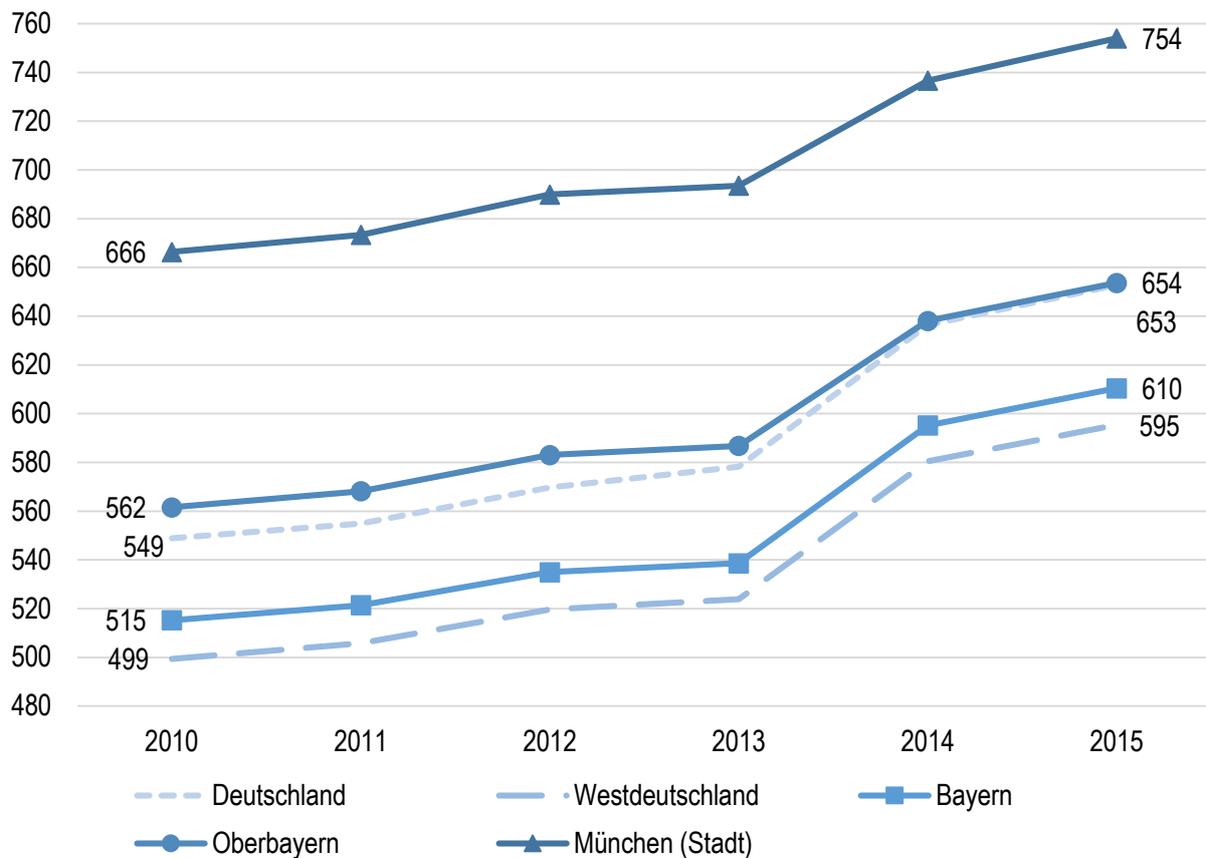
Bei den Renten wegen Alters im Bestand (vgl. Darstellung 5.5) liegen die Daten für die Jahre 2010 bis 2015 vor. München schneidet bei den Männern – etwa gleichauf mit Bayern – schlechter ab als Oberbayern und (West-)Deutschland. Bei dieser Rentenart fallen die durchschnittlichen Zahlbeträge an Frauen dagegen in München ebenfalls am höchsten aus, gefolgt von Oberbayern (vgl. Darstellung 5.6).

Darstellung 5.5: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Bestandsrenten wegen Alters, Männer 2010-2015 (in Euro/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Darstellung 5.6: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Bestandsrenten wegen Alters, Frauen 2010-2015 (in Euro/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Ein weiterer wichtiger Indikator in der Rentenpolitik ist die durchschnittliche Höhe des sogenannten Rentenzahlbestandes. Bei diesem werden im Gegensatz zu den bisherigen Darstellungen nicht die einzelnen gesetzlichen Renten betrachtet, sondern die Empfänger solcher Renten. Im Falle, dass die Person nur eine eigene Versichertenrente oder nur eine Hinterbliebenenrente bezieht, spricht man von einem bzw. einer EinzelrentnerIn. Bei Bezug einer eigenen Versichertenrente und (normalerweise) einer Hinterbliebenenrente ist von MehrfachrentnerInnen die Rede.²⁰

Darstellung 5.7 belegt zunächst, dass es dem Instrument der Witwenrente (bzw. Witwerrente) durchaus gelingt, den „gender-pension-gap“ ein Stück weit abzumildern. So reduziert sich der Abstand der Zahlbeträge zwischen männlichen

²⁰ Nicht erfasst werden Mehrfachrentenbezüge von GRV-Renten im Paar-/Haushaltszusammenhang und Waisenrenten.

und weiblichen Einzelrentnern in München 2014 von 297 Euro auf 97 Euro bei Bezug mehrerer Renten.

Darstellung 5.7: Durchschnittlicher Rentenzahlbestand 2004, 2010 und 2014 (in Euro)

	Insgesamt			EinzelrentnerIn			MehrfachrentnerIn		
	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt	Männer	Frauen
	2004								
München (Stadt)	868	1.008	781	811	1.000	660	1.147	1.244	1.138
Bayern	788	969	665	738	962	528	994	1.124	982
Oberbayern	818	997	697	770	991	572	1.037	1.158	1.026
Deutschland	850	1.038	720	795	1.031	565	1.067	1.194	1.055
	2010								
München (Stadt)	912	1.020	838	846	1.005	707	1.235	1.321	1.224
Bayern	844	1.015	722	782	1.003	569	1.092	1.228	1.074
Oberbayern	872	1.038	753	814	1.026	614	1.135	1.261	1.119
Deutschland	901	1.065	782	829	1.049	610	1.178	1.310	1.159
	2014								
München (Stadt)	925	1.033	852	858	1.017	720	1.256	1.342	1.245
Bayern	859	1.031	736	796	1.018	581	1.113	1.250	1.095
Oberbayern	887	1.054	767	828	1.041	626	1.156	1.283	1.140
Deutschland	917	1.079	798	842	1.062	622	1.202	1.335	1.183

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

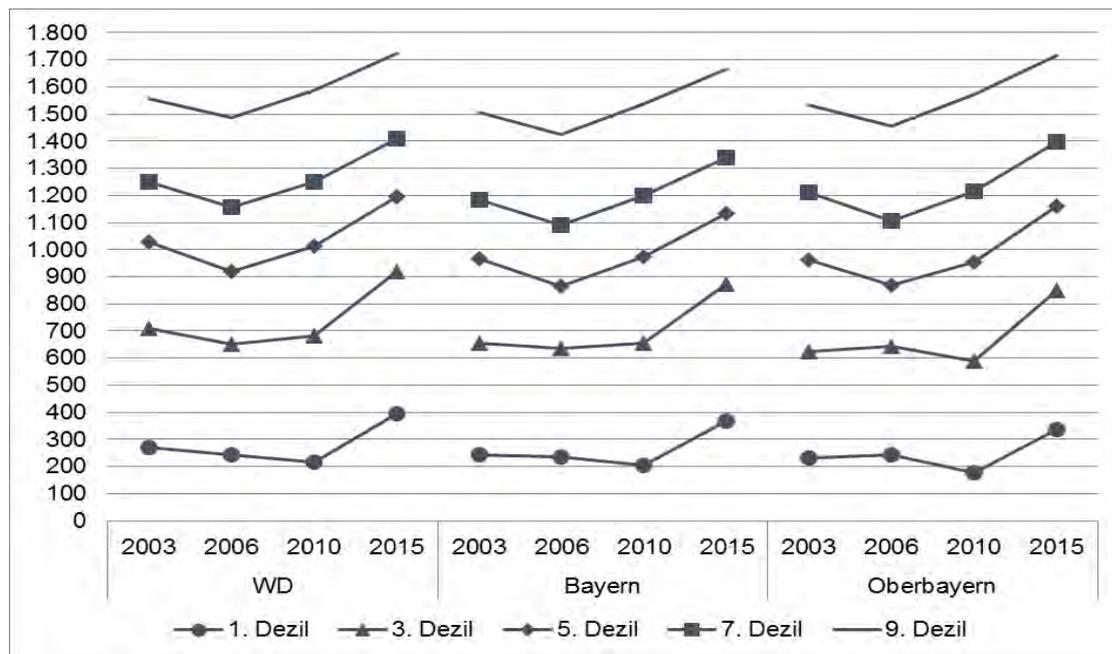
Auf der Ebene der Rentenzahlbestände liegen die durchschnittlichen Zahlbeträge in München höher als in Oberbayern und dem bayerischen Durchschnitt – und zwar sowohl beim Mehrfachbezug als auch beim Einzelbezug von GRV-Renten. Nur bei männlichen Einzelrentnern trifft das in den Jahren 2010 und 2014 nicht zu.

5.2 Spreizung der Renten

Eine wichtige Frage im vorliegenden Zusammenhang betrifft die Spreizung der Höhe der Renten. Die beiden nachfolgenden Abbildungen enthalten für Westdeutschland, Bayern und Oberbayern (vergleichbare Daten für die Stadt sind nicht verfügbar) für Männer und Frauen die Obergrenzen der Renten von ausgewählten Dezilen (Rentenbestand) für vier Jahre zwischen 2003 und 2015.

Zu erkennen ist, dass nach einem generellen Rückgang der Obergrenzen weitgehend bei den Männern zwischen 2003 und 2006 ein Anstieg erfolgte (vgl. Darstellung 5.8).

Darstellung 5.8: Spreizung der Bestandsrenten wegen Alters an Männer in Westdeutschland, Bayern und Oberbayern 2003 bis 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)

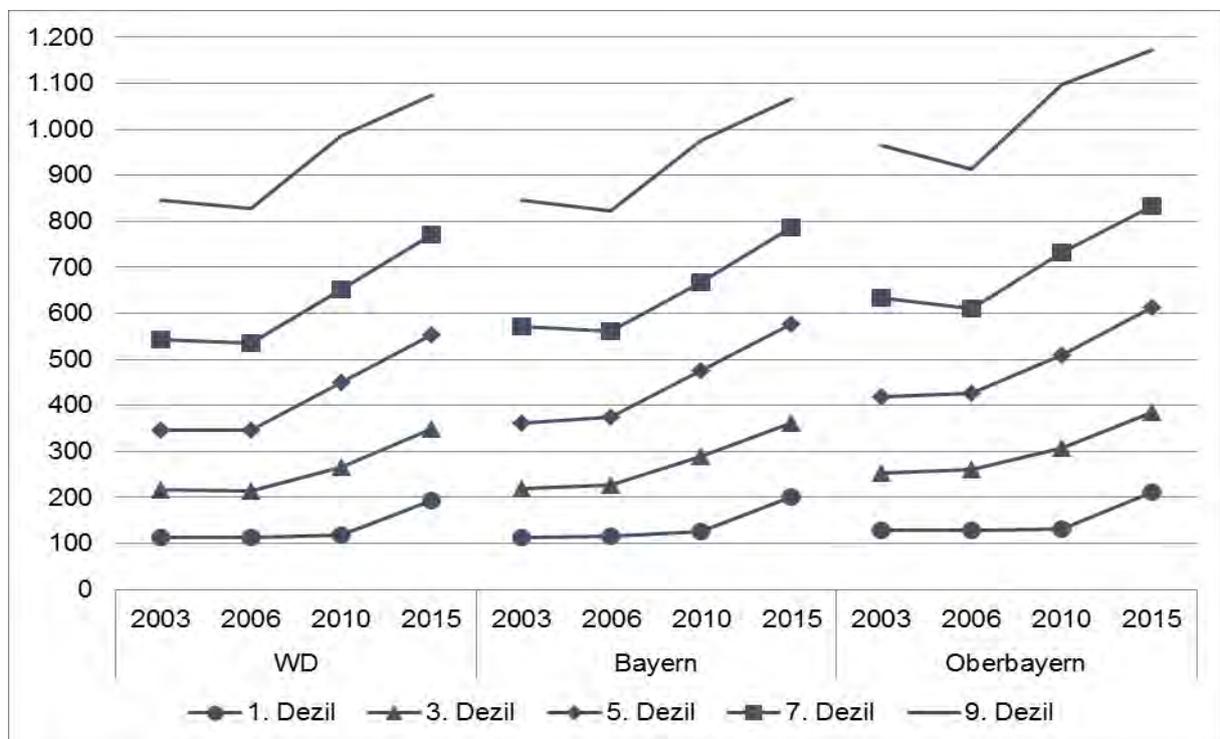


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

So waren die zehn Prozent der kleinsten an Männer gezahlten Altersrenten in Westdeutschland 2003 geringer als 270 Euro. Dieser Wert ist über 242 Euro im Jahr 2006 auf 215 Euro im Jahr 2010 gefallen und dann auf 393 Euro im Jahr 2015 deutlich angestiegen. Auch in Bayern und Oberbayern zeigt sich ein ähnlicher Verlauf der Obergrenzen des 1. Dezils mit allerdings im Jahr 2015 geringeren Werten (368 Euro in Bayern und 337 Euro in Oberbayern). Auch beim dritten, fünften (= Median) und siebten Dezil liegt die Obergrenze jeweils in Bayern und Oberbayern etwas niedriger als in Westdeutschland. Nur beim neunten Dezil liegt die Obergrenze des neunten Dezils in Oberbayern in etwa auf westdeutschem Niveau; in Bayern ist sie etwas niedriger. 2015 liegen 90 Prozent aller Altersrenten an Männer im Rentenbestand im Regierungsbezirk Oberbayern unterhalb von 1.715 Euro (Westdeutschland: 1.722 Euro; Bayern: 1.667 Euro).

Altersrenten an Frauen fallen – man beachte die unterschiedliche vertikale Achse – deutlich niedriger aus als die an Männer. Allerdings bewegen sich die Altersrenten an Männer und Frauen seit einigen Jahren deutlich aufeinander zu. Das kommt (vgl. Darstellung 5.9) auch darin zum Ausdruck, dass der Anstieg der Altersrenten an Frauen im Bestand nach 2006 bei Frauen relativ gesehen bei den gezeigten Dezilobergrenzen etwas stärker ausfällt als bei Männern. Insbesondere gilt das in Oberbayern.

Darstellung 5.9: Spreizung der Bestandsrenten wegen Alters an Frauen in Westdeutschland, Bayern und Oberbayern 2003 bis 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)

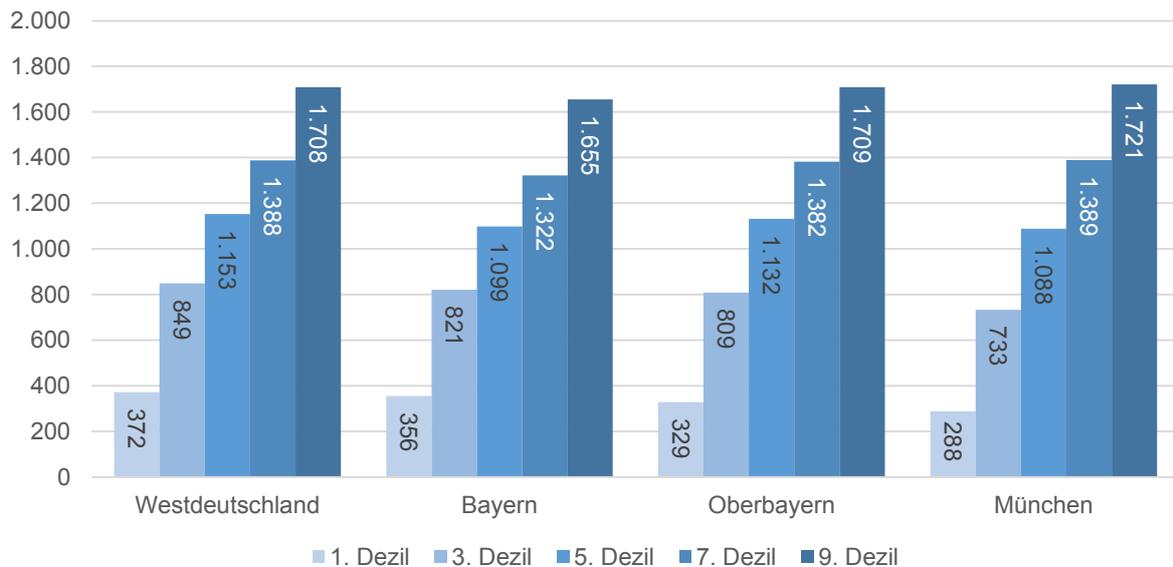


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Zur Spreizung der Zahlbeträge aller Renten an Männer und Frauen 2015 – des sogenannten Rentenzahlbestandes – also der Renten an Einzel- oder MehrfachrentnerInnen liegen auch Daten aus der Landeshauptstadt München vor. Den Darstellungen 5.10 und 5.11 kann entnommen werden, dass die Spreizung der Rentenzahlbestände 2015 bei Männern in München deutlich ausgeprägter ist als in Oberbayern, Bayern und Westdeutschland (vgl. Darstellung 5.10): Die Obergrenze des 9. Dezils ist höher und die des ersten Dezils geringer als in den Vergleichsregionen. Dabei ist der Medianwert (Obergrenze des 5. Dezils) in der Landeshauptstadt der geringste der Vergleichsregionen.

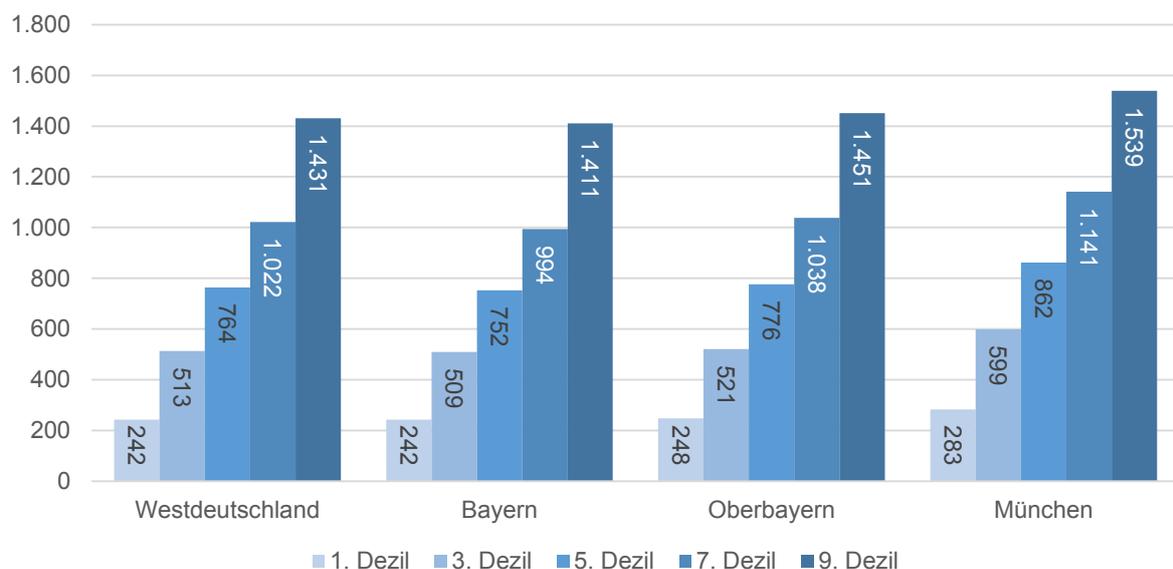
Bei den Rentenzahlbeständen der Frauen 2015 liegt die Obergrenze des 9. Dezils in München deutlich höher, aber auch die des 1. Dezils, als in Oberbayern, Bayern und Westdeutschland (vgl. Darstellung 5.11).

Darstellung 5.10: Spreizung der von Männern empfangenen gesetzlichen Renten im Rentenzahlbestand in Westdeutschland, Bayern, Oberbayern und der Stadt München 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Darstellung 5.11: Spreizung der von Frauen empfangenen gesetzlichen Renten im Rentenzahlbestand in Westdeutschland, Bayern, Oberbayern und der Stadt München 2015; ausgewählte Dezile (in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

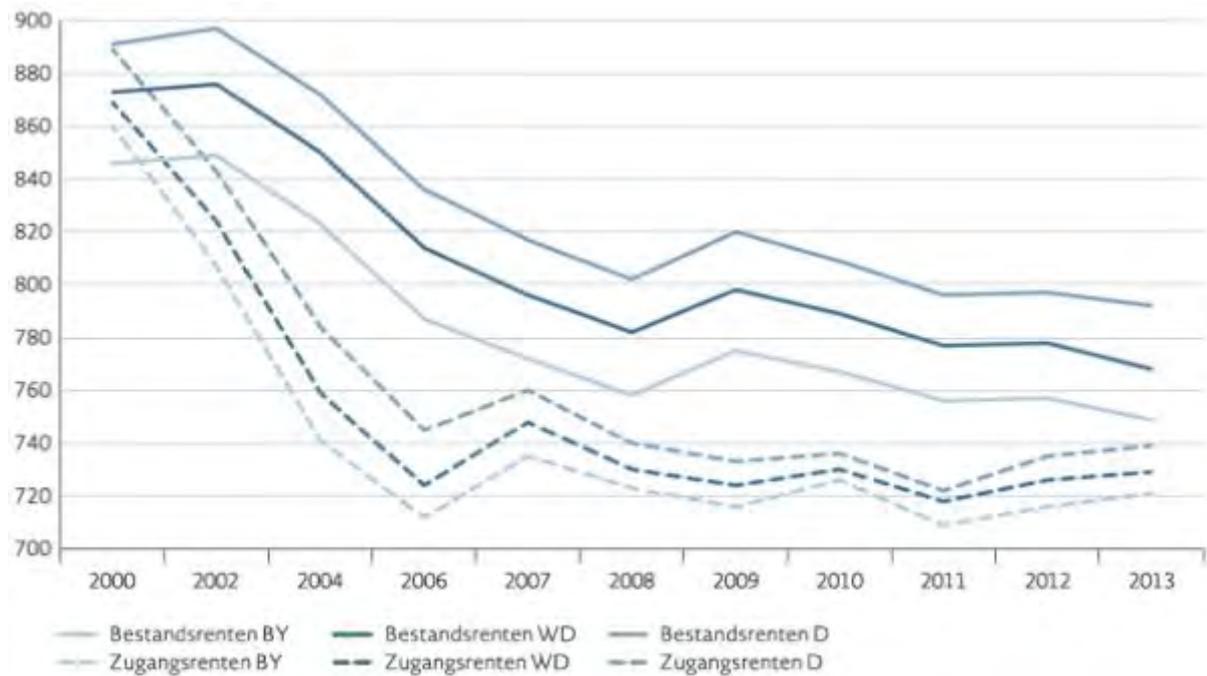
Als kurzes Zwischenfazit kann festgehalten werden – obwohl hier trotz der dankenswerten Sonderauswertungen durch die Deutsche Rentenversicherung Bund das Bild längst nicht vollständig nachgezeichnet werden kann: Die Spreizung der Renten nimmt zu. Trotz der sich in den Renten der aktuellen RentnerInnengenerationen bereits niederschlagenden gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit spiegelt sich in den Renten zeitversetzt zunehmend die wachsende Ungleichheit der – auf das gesamte Erwerbsleben kumulierten – Primäreinkommen. Eine wachsende Altersarmut ist die Folge (vgl. Kasten).

Das „dicke Ende“ kommt erst noch

Auch wenn aus niedrigen Rentenzahlbeträgen von Personen nicht auf die Haushaltsnetto(äquivalenz)einkommen geschlossen werden kann: Die „brüchiger“ gewordenen Erwerbsbiografien, die jahrzehntelang hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit einem stark gewachsenen Niedriglohnsektor (auch die instabileren Familienkonstellationen) hinterlassen ihre Spuren auf den Versichertenkonten. Zusammen mit den Rentenreformen der letzten zweieinhalb Jahrzehnte wirkt sich das negativ auf das Rentenniveau aus. Insbesondere die Absenkung des Rentenniveaus und die Erhöhung des Regelrentenalters führen zu einem wachsenden Anteil und einer wachsenden Anzahl von armen Älteren. Dabei ist zu betonen, dass die vorgestellten Zahlen und Zeitreihen nominale Werte sind. Bei Berücksichtigung der Preisniveauentwicklung zeigt sich eine noch dramatischere Entwicklung.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2015) hat diese Problematik in seinem Datenreport „Soziale Lage in Bayern 2014“ durch eine Inflationsbereinigung der oben mit nominalen Zahlen wiedergegebenen Zeitreihen verdeutlicht (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten im Rentenbestand und im Rentenzugang in Bayern, Deutschland und Westdeutschland 2000 bis 2013, in Euro, real (in Kaufkraft von 2013)



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2015, S. 103.

Was sich bei Betrachtung der nominalen Beträge (vgl. Darstellung 5.2), trotz der Rückgänge von 2000 bis 2006, noch als längerfristiger Anstieg bis 2015 darstellte, ist in Wirklichkeit ein enormer Kaufkraftverlust.

6. Ursachen von Altersarmut und Ableitung von Handlungsfeldern

Zu den Ursachen von Altersarmut – mit einem Blick auf Bayern – wie auch zu den Handlungsfeldern hat sich die „Kommission Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht“ mit ihrem Bericht fundiert, zeitnah und ausführlich geäußert. Den Ergebnissen der drei Arbeitsgruppen dieser Kommission ist im vorliegenden Kontext, außer einigen Details und Aktualisierungen mit explizit kommunalem Bezug auf die Stadt München, wenig hinzuzufügen (vgl. Kommission 2011). Erwähnenswert ist zunächst, dass in der Arbeitsgruppe 2 „Soziale Sicherung (mit besonderem Fokus „Altersarmut““ die Brisanz des Themas auch dadurch deutlich wurde, dass es zu einer Mehrheitsposition und zu einem Minderheitsvotum kam. Die Mehrheitsposition wurde von allen vertretenen Organisationen – bis auf eine – getragen (Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Vertreter der Wissenschaft). Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), die sich als einzige nicht der Mehrheitsposition anschließen konnte, erhielt ausführlich Gelegenheit, ihre andere Sicht der Dinge darzustellen.²¹

6.1 Zu den Ursachen von Altersarmut

Als Ursachen von Altersarmut sieht die Kommission (Mehrheit) exogene und endogene (im Alterssicherungssystem liegende) Faktoren.

Als exogene Faktoren benennt sie (vgl. ebenda, S. II-16):

- die Erwerbsbeteiligung (Kindererziehungszeiten, atypische Beschäftigung, langjährige Erwerbsunfähigkeit bzw. Arbeitslosigkeit), die Erwerbseinkommen (Niedriglohn) und selbstverstärkende Effekte von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung,
- die Familientätigkeit und Familiengröße (Kinder) sowie Haushaltstypen (speziell Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende),
- Sonderfaktoren wie den langjährigen und anhaltenden, vor allem demografisch bedingten Überhang des Arbeitsangebots am Arbeitsmarkt, die weitgehend fehlenden Maßnahmen alter(n)sgerechter Arbeitsbedingungen in

²¹ In wenigen Detailpunkten hat sich außerdem der Christliche Gewerkschaftsbund dem Mehrheitsvotum nicht bzw. nur eingeschränkt angeschlossen.

den Betrieben, Veränderungen in den privaten Lebensformen und das Pflegerisiko.

Als endogene Faktoren sieht die Kommission vor allem folgende:

- das System der Sozialen Sicherung, spezifisch dabei alte und neue Sicherungslücken in der Alterssicherung,
- spezifische alte und neue Leistungsbeschränkungen und -lücken in der Gesetzlichen Rentenversicherung,
- die weitgehend enttäuschende Bilanz der Strategie, stärker auf die zweite und dritte Säule der Alterssicherung umzustellen, sowie
- die fehlende Berücksichtigung eines Existenzminimums bei der Beitragserhebung.

Im Minderheitsvotum der vbw werden fast alle diese Punkte genau umgekehrt gesehen, z. B.:

- Atypische Beschäftigung und der Niedriglohnsektor werden als unverzichtbar angesehen (Brückenfunktion), ebenso wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Den Betrieben wird ein Bemühen auf breiter Front auch um ältere Beschäftigte attestiert.
- Die Verschiebung in den Alterssicherungssystemen, weg von der ersten Säule und hin zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge, wird als unabänderlich gesehen und besonders eine stärkere kapitalmarktabhängige Absicherung des Pflegerisikos als unvermeidbar bezeichnet.

Die einzelnen Punkte der Ursachenanalyse der Kommissionsmehrheit wie -minderheit sollen hier nicht weiter diskutiert werden – dazu sei auf den Bericht verwiesen. In einigen Punkten gebietet es sich jedoch, einen Blick auf ganz aktuelle Entwicklungen und Befunde respektive die Studien in München zu werfen, die auf die Armut Älterer einwirken (bereits heute, vor allem aber in der Zukunft):

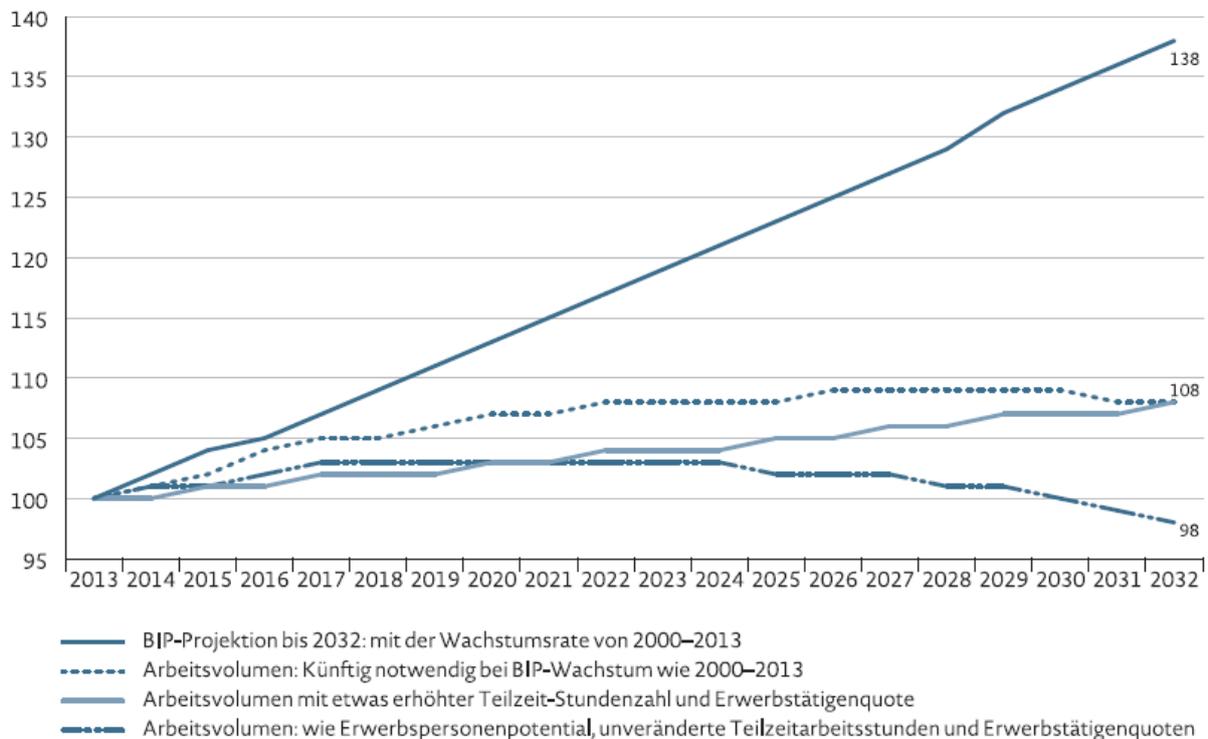
- 1) In den Jahren seit dem Bericht der Kommission hat sich ein Befund erhärtet, der damals noch sehr vorsichtig interpretiert werden musste: Nicht nur in Bayern, dort aber besonders deutlich, zeigen die inzwischen längeren Zeitreihen, dass der Zuwachs an ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nicht wieder (wie ab 2003, in der Mitte des letzten Jahrzehnts) „aufgeflammt“ ist.

Vielmehr geht ihr Anteil sogar leicht zurück, gerade in Bayern. Der langfristige Anstieg der Teilzeitarbeit geht auf einen Zuwachs bei substanzieller Teilzeit zurück (vgl. INIFES 2016, S. I-29). Bei aller Vorsicht kann man sogar sagen, dass die atypische Beschäftigung insgesamt eher stagniert, als dass sie so dynamisch zunimmt wie früher. Das ist gut so und wird dämpfend auf den Trend steigender Altersarmut wirken, ebenso wie die seit längerem reduzierte Massenarbeitslosigkeit. Anders sieht es aber mit dem wachsenden Niedriglohnsektor aus, wo sich erst noch erweisen muss, ob die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mehr als nur die schlimmsten Auswüchse lindern kann.

- 2) Die Zahl der Erwerbstätigen steigt im Freistaat weiter, auch durch die Zuwanderung bedingt. Das Arbeitsvolumen steigt, jedoch bei weitem nicht im gleichen Maße – aber dennoch stärker als im Bundesdurchschnitt. Ungebrochen wächst die Beschäftigtenquote der Frauen, jedoch ohne dass die Summe der von ihnen gegen Bezahlung geleisteten Arbeitsstunden entsprechend zunimmt. Frauen wollen typischerweise aber nicht nur, sie müssen zu einem großen Teil auch berufstätig sein – nicht zuletzt, da das alte Modell des „männlichen Broterwerbers“ in den meisten Fällen nicht ausreicht, um eine Familie adäquat zu finanzieren – in einer Stadt wie München zumal.

- 3) Diese Faktoren wirken dahingehend, dass der schon lange vorausgesagte demografisch bedingte große Fach- oder gar Arbeitskräftemangel nicht eingetreten ist und absehbar nicht eintreten wird. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales weist zu Recht darauf hin (2015, S. 125), dass im Freistaat mit dem zu erwartenden Arbeitskräftepotenzial unter moderaten und durchaus realistischen Annahmen bis mindestens 2032 ein stärkeres Wachstum als in den letzten 10 Jahren möglich ist (vgl. Darstellung 6.1).

Darstellung 6.1: Arbeitsvolumenentwicklung und damit allgemein mögliches Wirtschaftswachstum (BIP) bis 2032 in Bayern (Indexwerte 2013 = 100)

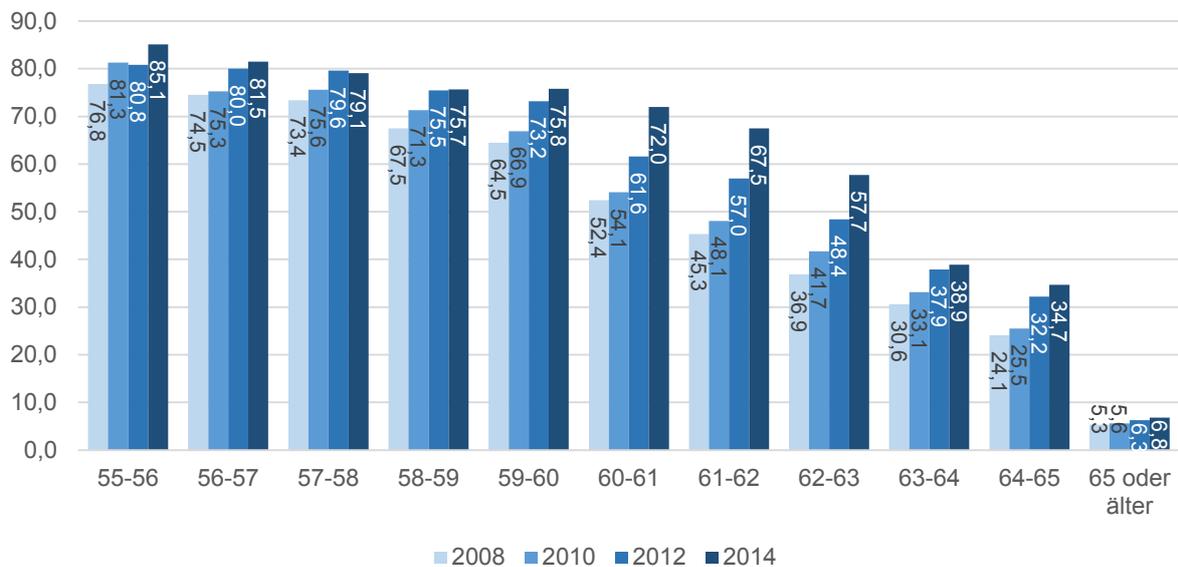


Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2015, S. 125.

4) Stärker bzw. schneller als es noch vor einigen Jahren erwartbar war, ist die Beschäftigtenquote der Älteren gestiegen und die Frühberentung zurückgegangen. In den Altersgruppen ab 55 Jahre hat die Beschäftigung Älterer zugenommen, sogar die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das über das Regelrentenalter hinaus (vgl. Darstellung 6.2). Arbeit neben der Rente boomt.²²

²² Die Motive der erwerbstätigen Älteren sind dabei sehr unterschiedlich: Zuverdient, Spaß an der Tätigkeit, Soziale Kontakte etc. (vgl. z. B. Brussig u. a. 2016, S. 122 ff.; Schmitz 2014; Engstler, Remoeu-Gordo 2014).

Darstellung 6.2: Erwerbstätigenquoten Älterer nach Altersjahren in Bayern 2008 bis 2014 (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Bayerisches Landesamt für Statistik.

Allerdings hilft die Entwicklung bei der Erwerbstätigkeit Älterer in Bezug auf das Problem niedriger Renten und Alterseinkommen nur begrenzt: In den wirklich rentennahen Altersjahrgängen (63- bzw. 64-Jährige) ist die Beschäftigtenquote trotz des deutlichen Anstiegs niedrig. Außerdem erfolgt ein ebenfalls sehr großer Anteil dieser Alterserwerbstätigkeit im Rahmen ausschließlich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (vom Anteil älterer Selbstständiger ganz abgesehen), das teils auch noch bei über 75-Jährigen.²³ Des Weiteren schiebt sich in vielen Fällen zwischen den Erwerbsaustritt und den Renteneintritt eine immer längere Phase der Nichterwerbstätigkeit (mit einem nur passiven Versicherungsverhältnis in der Gesetzlichen Rentenversicherung). Das Renteneintrittsalter steigt stärker bzw. schneller als das Erwerbsaustrittsalter. Für die Rente bringt das außer der Vermeidung von Abschlägen wenig!

Dabei ist die Altersphase ab 55 bzw. 60 Jahren – neben der Altersphase des Berufseinstieges – prägend für die späteren Renten (vgl. Kistler, Trischler 2014). Bereits im Berufseinstieg erzielen heutige jüngere Beschäftigte weniger Entgeltpunkte als die früheren Generationen (Phasen der Arbeitslosigkeit und

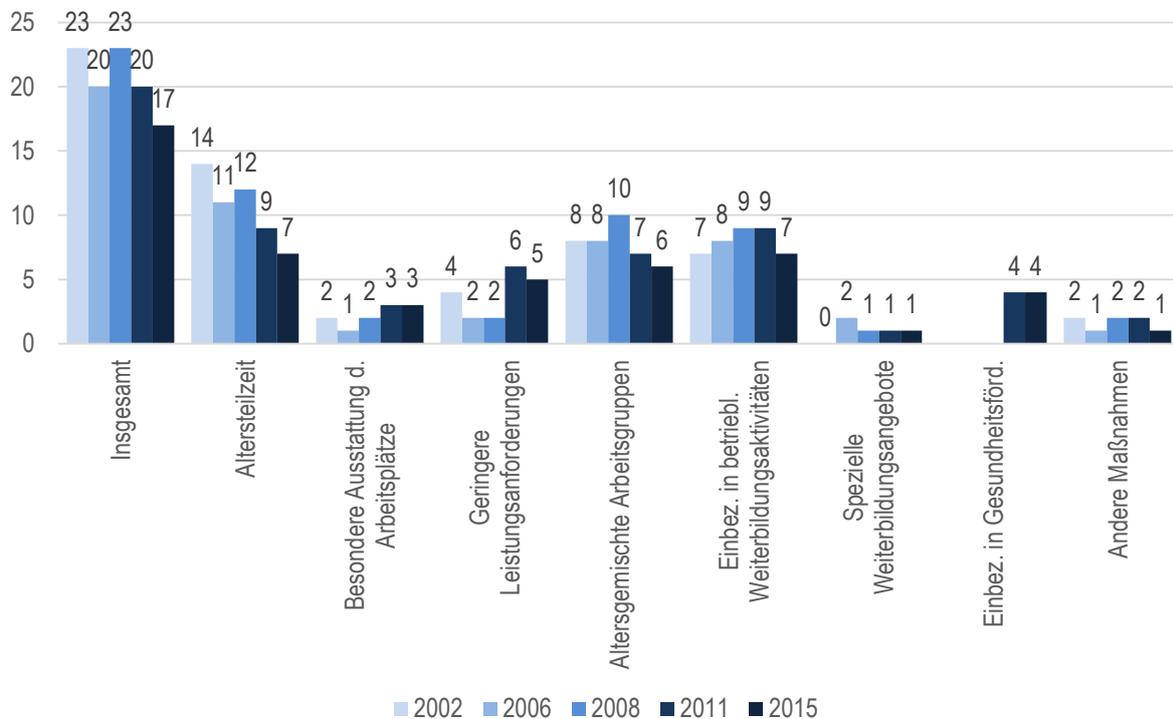
²³ Die Überlegung, was mit der Einkommenslage derer, die mit geringfügigen Jobs ihre Rente aufbessern, geschieht, wenn sie nicht mehr arbeiten können, ist mehr als naheliegend.

atypischen Beschäftigung). Zwischen dem 55. Lebensjahr und dem Erwerbsaustritt erwerben diejenigen Versicherten die meisten Entgeltpunkte, die bis dahin bereits die meisten Entgeltpunkte erzielt haben. Aus diesen Gründen sind betriebliche Maßnahmen des altersgerechten Arbeitens zur Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit Älterer sehr wichtig und auch armutspolitisch relevant.

- 5) Maßnahmen des altersgerechten Arbeitens werden – entgegen der Aussagen der vbw im Kommissionsbericht – aber nur von relativ wenigen Betrieben praktiziert. Von denjenigen Betrieben und Dienststellen in Bayern, die 2015 mindestens eine Person ab 50 Jahre beschäftigten,²⁴ geben im IAB-Betriebspanel gerade einmal 17 Prozent an, dass sie mindestens eine Maßnahme zum altersgerechten Arbeiten praktizieren. Das ist gleich wenig wie im westdeutschen Durchschnitt.

²⁴ Zwischen den Jahren 2006 und 2015 ist der Anteil der Betriebe mit mindestens einer/einem Beschäftigten ab 50 Jahre demografisch bedingt von 60 auf 76 Prozent gestiegen. Bezogen auf ab 60-Jährige beträgt der Wert 38 Prozent. Im westdeutschen Durchschnitt liegen beide Werte leicht höher und im Stadtkreis München in der Tendenz etwas niedriger.

Darstellung 6.3: Verbreitung von Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer in denjenigen bayerischen Betrieben, die überhaupt Personen mit 50 und mehr Jahren beschäftigen, 2002 bis 2015 (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Eigene Berechnungen nach IAB-Betriebspanel.

Wie der Darstellung zu entnehmen ist, ist die Verbreitung solcher Maßnahmen noch dazu gegenüber dem Jahr 2002 von 23 auf die genannten 17 Prozent zurückgegangen. Das liegt vor allem am gesunkenen Anteil von Betrieben, die Altersteilzeit anbieten. Aber auch bei den anderen Maßnahmen sind keine wirklichen Zuwächse feststellbar, sondern – vor allem zwischen 2011 und 2015 – eher Rückgänge.

Angesichts dieses Befundes kann man (vgl. oben) ehrlicherweise den Betrieben nur ein sehr begrenztes Bemühen auch um ältere Beschäftigte attestieren.

Hinzu kommt, dass weitere empirische Ergebnisse dafür sprechen, dass es beim altersgerechten Arbeiten – als Schlüssel, um überhaupt länger arbeiten zu können – große Defizite gibt. So charakterisierte die Bundesregierung 2010 die längerfristige Entwicklung der Arbeitsbedingungen wie folgt: Bei den physischen Arbeitsbelastungen habe es in den letzten Jahrzehnten eher Verschiebungen als einen Abbau gegeben; die psychischen Belastungen hätten dagegen eindeutig zugenommen (vgl. Deutscher Bundestag 2010, S. 77). In dieses Bild passt

beispielsweise auch der Befund aus dem neuen Alterssurvey, dass gerade bei den Beschäftigten im höheren Erwerbsalter physische und psychische Belastungen größer geworden sind (vgl. Franke, Wetzel 2016).

- 6) Auch wenn es zweifellos eine Vielzahl von Motiven für die wachsende Alterserwerbstätigkeit gibt (vom finanziellen Motiv über den Wunsch nach mehr Sozialkontakten bis hin zur Freude an einer Tätigkeit usw.), so scheint doch gerade in den letzten Jahren das Motiv in den Vordergrund zu rücken, die Alterseinkommen der Haushalte aufzubessern. Darstellung 6.4 zeigt, dass es dadurch (oder über ein Erwerbseinkommen der Partnerin/des Partners) einem offensichtlich erheblichen Anteil an Älteren gelingt, dem Armutsrisiko zu entkommen – immerhin so lange wie eine entsprechende Tätigkeit altersbedingt noch ausgeübt werden kann.

Darstellung 6.4: Armutsrisikoquoten 2002 und 2012 in Deutschland nach Altersgruppen und Erwerbstätigkeit (in Prozent)

	unter 10 Jahre	10 bis 14 Jahre	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	65 bis 74 Jahre	75 Jahre und älter	insgesamt
2000										
mit Erwerbseinkommen	-	-	15,4	9,6	5,6	3,9	4,2	8,6	3,9	7,1
ohne Erwerbseinkommen	-	-	25,3	28,0	27,6	24,2	18,7	11,7	13,4	16,3
2012										
mit Erwerbseinkommen	-	-	17,0	13,2	7,2	5,8	7,5	6,0	3,5	8,9
ohne Erwerbseinkommen	-	-	33,6	46,5	39,4	43,2	32,7	15,2	14,5	21,0

Quelle: Goebel u. a. 2015, S. 570 (Basis: SOEP).

Erwerbstätige haben insgesamt, über alle Altersgruppen hinweg, 2012 mit 8,9 Prozent laut SOEP eine deutlich niedrigere Armutsrisikoquote als Personen ohne Erwerbseinkommen. Im Jahr 2000 stellte sich das genauso dar, allerdings auf niedrigerem Niveau und mit einem nicht so ausgeprägten armutsreduzierenden Effekt. Dieses Grundmuster gilt für alle Altersgruppen, nicht zuletzt auch für die 65- bis 74-Jährigen und für die ab 75-Jährigen.

Dennoch löst dies das dadurch mit induzierte Problem niedriger Renten bzw. Alterseinkünfte nicht. Dafür haben sich diese Dinge bereits zu sehr in die Versichertenkonten vieler Betroffener eingefräst (vgl. Trischler 2014; Himmelreicher 2016). Außerdem überlagern die negativen Effekte der Absenkung des

Lohnersatzniveaus der Renten alle anderen Einflussfaktoren. Die private und die betriebliche Altersvorsorge können das in ihrer Kapitalmarktabhängigkeit nicht zuverlässig kompensieren. Der „Sparbeitrag“ der Rentner kommt dabei auch nicht den Jüngeren zu Gute, die die negativen Effekte nur etwas später ebenfalls zu spüren bekommen – sie sind nur ein Geschenk an die Arbeitgeber, die sich dadurch elegant aus der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung verabschiedet haben.

6.2 Zu den Handlungsfeldern/Maßnahmen

Für die Mehrheit der Kommission von 2012 kann Altersarmut am wirkungsvollsten bekämpft werden durch:

- Einen guten Einstieg in die Erwerbsbiografie (Einstieg der Jugendlichen in Ausbildung und Beruf, altersgerechte, gute Arbeit, Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, Einschränkung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Abschaffung der Minijobs).
- Die Bedeutung der Tarifbindung zu verstärken bzw. Tarifflicht entgegenzuwirken.
- Die institutionelle Kinderbetreuung weiter/verstärkt zu fördern.
- Eine wirklich deutliche Erhöhung der Erwerbstätigkeit auch in den rentennahen Altersjahrgängen (63- und 64-Jährige).
- Ergänzende sozialausgleichende Maßnahmen für BezieherInnen niedriger gesetzlicher Renten bzw. Sicherung von höheren Rentenanwartschaften bei NiedriglohnbezieherInnen und SGB-II-Bezug.
- Rückkehr zu einer wirklichen paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.
- Einschränkung der einkommenorientierten Ausgabenpolitik in der Alterssicherung (Verzicht auf die Fixierung auf die Beitragssatzentwicklung) und Schaffung der Möglichkeit von mehr Staatsbeiträgen zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung in Zeiten des demografischen Wandels (progressiveres Steuersystem).
- Stärkung des privaten Pflegeengagements und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege.

Bezogen auf Maßnahmen und Handlungsfelder weicht die Position des Minderheitsvotums (vbw) erneut deutlich von der Mehrheitsmeinung ab. Empfohlen wird von der vbw unter anderem:

- eine weitere Anhebung(en) der Regelaltersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik in der Rentenversicherung,
- Erleichterung der Beschäftigungsaufnahme (aus Arbeitgebersicht) durch zumindest Beibehaltung der Befristungsmöglichkeiten, Vermeidung eines Mindestlohns etc.,
- Einschränkung öffentlich geförderter Beschäftigung sowie
- einkommensunabhängige Pflegeversicherungsbeiträge.

Mit den hier im Detail nicht weiter ausführbaren Benennungen der Ursachen von Altersarmut und den zu ergreifenden Maßnahmen (Handlungsfelder, wie sie die Mehrheit der Arbeitsgruppe 2 der „Kommission Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht“ empfiehlt) wird auch ein weiterer Punkt deutlich: Die Prävention bzw. Vermeidung von Altersarmut ist eher ein Spielfeld der Bundespolitik und – an deutlich zweiter Stelle – der Landespolitik. Die Kommissionsmehrheit hat an einigen Punkten außerdem auf die wichtige Rolle des „Tatorts Betrieb“ hingewiesen (Stichworte: Geringe Bemühungen um alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen, Lohndumping). Als Verursacher einer hohen Armutsrisikoquote Älterer kommen die Kommunen weniger in Betracht. Kommunen und Länder geraten allenfalls langfristig ins Visier – wo es z. B. um vorschulische Kindererziehung oder auch andere Teile der Bildungspolitik geht.

Ganz im Gegensatz dazu bleiben die Folgen gesellschaftlicher und politischer Fehlentwicklungen – natürlich abgesehen von den Betroffenen selbst – vor allem bei den Kommunen hängen. Sie sind der „Reparaturbetrieb“, sie tragen die Kosten der Armutsbekämpfung und der Kompensation bzw. Abmilderung der Folgen von Altersarmut.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Kommunen in Bezug auf die Bundes- und Landespolitik ohne Einfluss wären. Im Gegenteil: Über Städte- und Gemeindetag kann massiv Einfluss auf die höheren föderalen Ebenen ausgeübt werden. Je

deutlicher sich diese Gremien zum Thema – auch öffentlich – äußern, desto eher können sie Einfluss nehmen.

Die Spezifika der Altersarmut in München können mit dem bestehenden Datenmaterial nur begrenzt und nicht im Sinne einer multivariaten Analyse herausgearbeitet werden. Dazu sind z. B. die Befragtenzahlen im SOEP aus München viel zu klein und z. B. das Spektrum an Variablen aus dem Mikrozensus viel zu eng um die Multikausalität von Altersarmut zu erfassen. Andere große Datenquellen wie die Steuerstatistik sind bis zu ihrer Verfügbarkeit immer schon recht inaktuell bzw. aus Datenschutzgründen nicht ausreichend regionalisierbar. Die einschlägig höchst wichtigen Originaldatensätze der Deutschen Rentenversicherung Bund enthalten ebenfalls wichtige Differenzierungen nicht einmal im Ansatz (z. B. können zwar ins Ausland gezahlte Renten – Rückkehrer und deutsche Residenten im Ausland – ausgewiesen werden, aber nicht Renten nach Staatsbürgerschaft oder Migrationsstatus).

Einen gewissen Fortschritt in dieser Richtung könnte eine Erweiterung der in München relativ häufig durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfragen um einschlägig notwendige Fragen bringen. Allerdings löst auch das nicht die Frage, ob es im Vergleich zu anderen Großstädten oder Regionen eine andere Zusammensetzung der älteren Bevölkerung im Armutsrisiko gibt, die Ursache im Detail also eine andere wäre.

6.3 Sichtweisen der Bevölkerung

Altersarmut ist nicht nur ein soziales oder ökonomisches Problem im Sinne von in Not lebenden älteren Menschen oder auch der Zerstörung der Illusion, Generationen von „Silver Agern“ könnten einen neuen Wirtschaftsboom tragen. Altersarmut ist auch ein psychologisches und gesellschaftliches Problem, indem Menschen durch eine schlechte Zukunftsperspektive stark belastet werden und deswegen ihr Engagement für eine Gesellschaft einschränken, die ihnen – oft nach vielen Arbeitsjahren – nicht einmal mehr einen einigermaßen auskömmlichen Lebensabend gewährt.

Dementsprechend ist – gerade auch bei den noch nicht im Rentenalter befindlichen Personen – die Angst vor einem sozialen Abrutschen weit verbreitet. 38,5 Prozent der armen Älteren stimmen in der Münchner BesogeLa-Befragung 2016 eher bzw. voll und ganz der Aussage zu „Ich habe Angst, sozial abzurutschen“. Bei den Älteren mit einem Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb der Armutsrisikoschwelle sind es mit 17,3 Prozent weniger, aber dies ist immer noch eine relevante Größenordnung. In der Gesamtbevölkerung (ab 18 Jahre) ist es ein Viertel (25,3 %).

Für die noch im Arbeitsprozess Stehenden ist die Unsicherheit ihrer diesbezüglichen Perspektiven auch ein klares Faktum. Ihnen ist auch der Zusammenhang mit der Qualität ihrer Arbeit wohl in den meisten Fällen durchaus bewusst, wie zwei Ergebnisse aus der Befragung zum DGB-Index Gute Arbeit auf der Landesebene beispielhaft demonstrieren.

Laut Darstellung 6.5 sagen 38 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland, dass sie es für unwahrscheinlich halten, unter ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis zum regulären Rentenalter durchzuhalten. In Bayern sind es mit 40 Prozent etwas mehr. Bei genauerem Hinsehen sind es vor allem Befragte mit körperlich stark belastenden Tätigkeiten und solche, die großen psychischen Belastungen ausgesetzt sind/waren, sowie Beschäftigte mit geringen Aufstiegschancen, die diese Sorge artikulieren. Und: Die Beschäftigten wissen durchaus, so unsere Erfahrung aus Gesprächen in vielen Projekten zur Arbeitsgestaltung in Betrieben, dass ein adäquater Wiedereinstieg bzw. Tätigkeitswechsel gerade im schon fortgeschrittenen Erwerbssalter schwierig ist – und dass ansonsten bei einer Erwerbsminderung oder einem vorzeitigen Renteneintritt geringe Renten und hohe Abschläge von der Rente drohen.

Darstellung 6.5: „Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre jetzige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ohne Einschränkung ausüben können?“ 2016¹⁾ (in Prozent)

	Bayern	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland insgesamt
Ja, wahrscheinlich	52	52	42	51
Nein, wahrscheinlich nicht	40	37	46	38
Weiß nicht	8	10	11	11

1) Abhängig Beschäftigte im Alter von 18 bis 65 Jahre.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach DGB-Index Gute Arbeit 2016.

Korrespondierend damit ist der Befund zu sehen, dass 38 Prozent der Beschäftigten in Deutschland bzw. 37 Prozent in Bayern der Meinung sind, ihre gesetzliche Rente würde später nicht hoch genug sein, um damit auszukommen. Weitere 41 Prozent bzw. 43 Prozent in Deutschland bzw. dem Freistaat sagen, die Rente werde gerade so ausreichen (vgl. Darstellung 6.6).

Darstellung 6.6: „Wie schätzen Sie die gesetzliche Rente ein, die Sie später einmal aus Ihrer Erwerbstätigkeit erhalten werden?“ 2016¹⁾ (in Prozent)

	Bayern	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland insgesamt
Es wird nicht ausreichen	37	38	35	38
Es wird gerade ausreichen	43	40	47	41
Es wird gut ausreichen	18	19	17	18
Ich werde sehr gut davon leben können	2	2	2	2

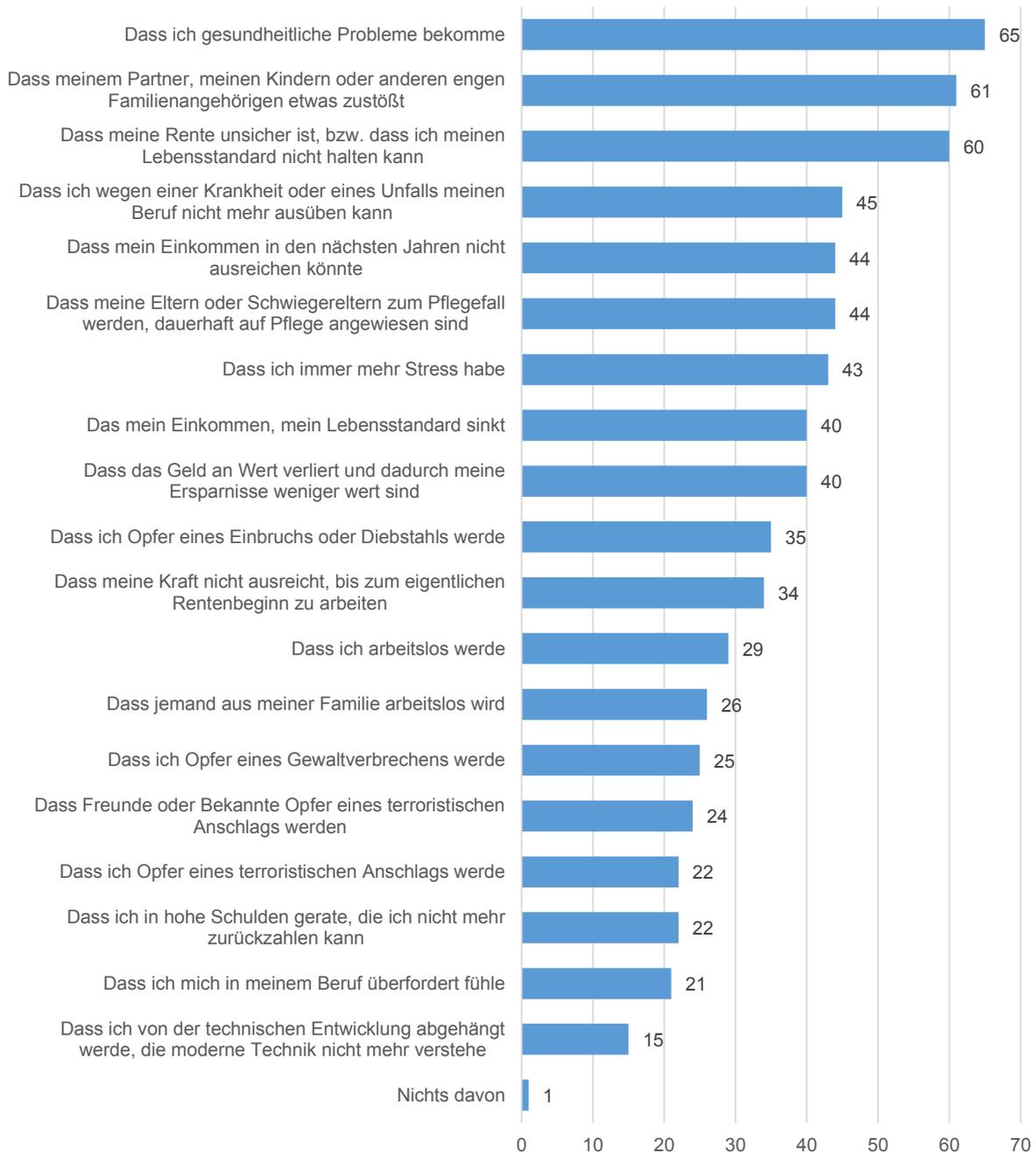
1) Abhängig Beschäftigte im Alter von 18 bis 65 Jahre.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach DGB-Index Gute Arbeit 2016.

Eine positive Perspektive auf den Lebensabend sieht anders aus! In dieses Bild passt ein weiterer Befund aus einer aktuellen Befragung in einer anderen bayerischen Region, der hier kurz wiedergegeben werden soll. Er zeigt, dass die von vielen Befragten antizipierten finanziellen Probleme im Ruhestand keine aus der Luft gegriffenen Befürchtungen sind. In einer repräsentativen Befragung von Personen im Rentenübergangsalter (55 bis 75 Jahre) im Regierungsbezirk Schwaben artikulierten die noch Erwerbstätigen mit großer Mehrheit, dass sie dem Ruhestand mit sehr positiven Erwartungen in einer Reihe von Lebensbereichen entgegensehen (Freizeit, Partnerschaft, Familie usw.). Nur in Bezug auf das Thema Finanzen im Alter sind die Erwartungen deutlich gedämpfter. In der gleichen Befragung wurden die bereits im Ruhestand befindlichen Befragten bis 75 Jahre spiegelbildlich gebeten, ihre diesbezüglichen Erfahrungen zu berichten. Die Urteile zu den mit dem Renteneintritt erfolgten Veränderungen fallen für die einzelnen Lebensbereiche – und mit vergleichbaren Prozentzahlen – tatsächlich sehr positiv aus. Sie bleiben in quantitativen Anteilen gemessen nur geringfügig hinter den Erwartungen der Jüngeren zurück. Nur beim Thema Finanzen fällt das Urteil über die Erfahrungen seit dem Renteneintritt deutlich ab (vgl. Holler u. a. 2016a).

Das Spiegelbild derartiger Befunde sind Umfrageergebnisse, die klar zeigen, welchen hohen Stellenwert die Angst einnimmt, dass die eigenen Finanzen im Alter unzureichend sein werden. Laut einer Repräsentativerhebung in Deutschland aus dem Jahr 2012 rangiert unter den von den Befragten gehegten Sorgen im persönlichen Leben das Thema „Unzureichende finanzielle Altersversorgung“ an zweiter Stelle einer längeren Liste von abgefragten Sorgen (vgl. Darstellung 6.7). Nur noch die Angst, im Alter ein Pflegefall zu werden, nimmt einen höheren Stellenwert ein.

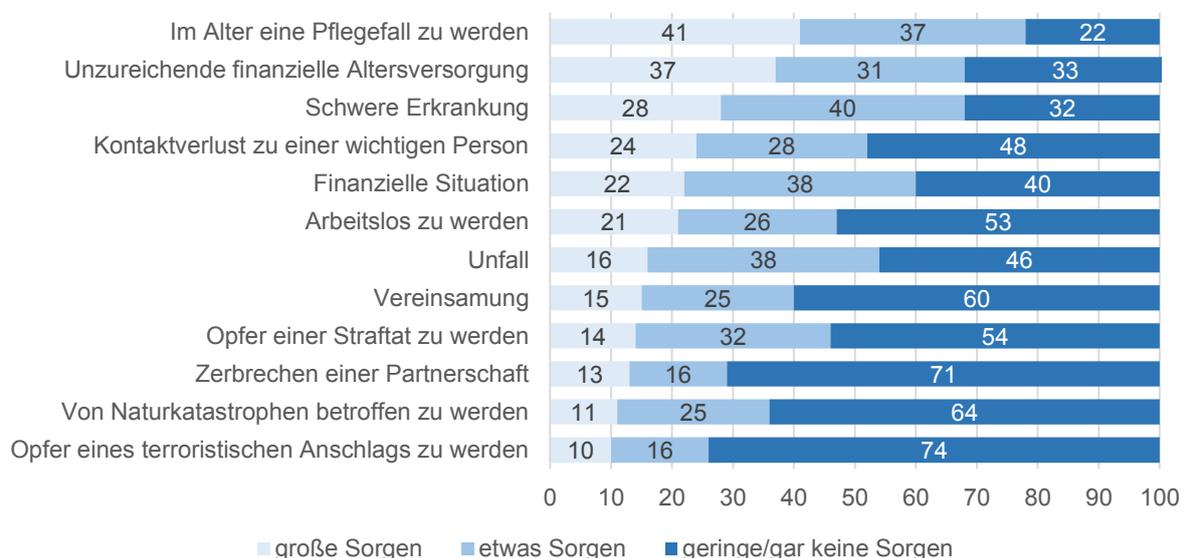
Darstellung 6.7: „Man macht sich ja manchmal Sorgen und denkt darüber nach, was einem alles passieren könnte. Hier auf diesen Karten steht Verschiedenes. Ist etwas dabei, bei dem Sie sagen würden, dass Sie sich da Sorgen machen, dass Ihnen das passieren könnte? Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus“ (Kartenspielvorlage; 30- bis 59-Jährige) (Deutschland 2016; in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Institut für Demoskopie Allensbach 2016

Es gibt eine ganze Reihe derartiger Umfrageergebnisse, die übereinstimmend zeigen, welch hohen Stellenwert die Angst einnimmt, dass die eigenen Finanzen im Alter unzureichend sein werden bzw. wie weit verbreitet diese Angst ist. Laut einer Repräsentativerhebung in Deutschland aus dem Jahr 2012 rangiert unter den von den Befragten gehegten Sorgen im persönlichen Leben das Thema „Unzureichende finanzielle Altersversorgung“ an zweiter Stelle einer längeren Liste von abgefragten Sorgen (vgl. Darstellung 6.8). Nur noch die Angst, im Alter ein Pflegefall zu werden, nimmt einen höheren Stellenwert ein.

Darstellung 6.8: Die größten Sorgen in Bezug auf das persönliche Leben (Deutschland 2012; in Prozent)



Anmerkungen: N=2.525; gewichtete Daten; auf einer Skala von 0 (keine Sorgen) bis 10 (sehr besorgt) entsprechen große Sorgen den Skalenpunkten 7-10, etwas Sorgen den Skalenpunkten 4-6, geringe/keine Sorgen den Skalenpunkten 0-3.
Quelle: Hummelsheim 2015, S. 8.

Angesichts der aufgelisteten Belege für eine weit verbreitete Angst vor Armut im Alter – die Liste solcher Befragungsergebnisse ist noch erheblich verlängerbar – ist es erstaunlich, wie die Bundesregierung im Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsberichts die einschlägigen gleichlautenden Ergebnisse aus der eigenen Bevölkerungsumfrage (vgl. aproxima 2015) zu diesem Regierungsbericht interpretiert (vgl. Kasten).

Wenn nicht sein kann, was nicht sein soll

„Erfolgs- und Risikofaktoren sind in den verschiedenen Lebensphasen eines Menschen unterschiedlich. In den Augen der Bevölkerung ist Altersarmut besonders bedeutend. Mit der Ruhestandsphase steigt das Armutsrisiko aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger deutlich. Insgesamt zwei von drei Befragten sehen in der Ruhestandsphase ein hohes oder sehr hohes Risiko, von Armut betroffen zu sein. Die Wahrnehmung steht damit im Widerspruch zu den empirischen Befunden ... Den maßgeblichen Kennziffern zufolge stellt Armut im Alter heutzutage für die große Mehrheit der Senioren kein drängendes Problem dar. Weder die Armutsrisikoquote noch die amtlich registrierte Bedürftigkeit sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen auffällig.“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016, S. 102).

Dass der letzte Teil des Zitates eine Fehleinschätzung darstellt, insbesondere angesichts der deutlichen Zunahme des Armutsrisikos Älterer in den letzten Jahren, ist in dieser Expertise gezeigt worden. Die Bevölkerung nimmt die Folgen der tiefen Einschnitte in die Sozialsysteme sehr wohl wahr und erlebt sie auch ganz konkret bei den Älteren in ihrem sozialen Nahfeld. Jahrelang wurden sie außerdem mit der Warnung bombardiert, dass sie eine Sicherungslücke für ihr Auskommen mit dem Einkommen im Alter hätten und daher privat vorsorgen müssten. Sie haben auch erlebt, wie die Renditeversprechen z. B. der Lebensversicherungen in den Keller gingen und wie mit den Krisen (in anderen Ländern noch mehr als in Deutschland) die Risiken kapitalmarktabhängiger Alterssicherungsformen evident wurden. Aus Sicht der Betroffenen ist die Abkehr vom Ziel der Lebensstandardsicherung, die mit der bruttolohnbezogenen Rente der großen Rentenreform 1957 verbunden war, eine Bedrohung (unseres Erachtens ist das auch objektiv so: Länger arbeiten für real und relativ weniger Einkommen im Alter).

Die Befragten solcher Umfragen orientieren sich dabei, wie eingangs dieses Berichts in einem Zitat ausgeführt, nicht an den Euro-Beträgen der verschiedenen Grundsicherungsanspruchsgrenzen oder der Armutsrisikoschwellen, die in der Tat niedrig sind.

Immerhin ist auch zu bedenken, dass sich nicht nur knapp unter der Armutsrisikoschwelle viele Nettoäquivalenzeinkommen Älterer finden. Das bedeutet: die Armutsrisikolücke ist bei Älteren geringer als bei anderen Gruppen, sondern auch knapp oberhalb dieser Schwelle. Dass eigene Abstiegsängste und die Einschätzung weit verbreitet sind, dass Altersarmut sich immer weiter ausbreite, ist dann mehr als verständlich.

Aus der Befragung „Älter werden in München“ von 2013 liegen eine Reihe von Befunden vor, die, obwohl nicht auf repräsentativer Ebene erhoben (Auswahl von Stadtbezirken bzw. Wohnquartieren), auch für die Landeshauptstadt zeigen, dass ein nicht unerheblicher Anteil der befragten 55- bis 74-Jährigen von entsprechenden Sorgen geplagt wird (vgl. Kasten).

Verbreitete Sorgen um das Auskommen im Alter auch in München

In stichpunktartiger Zusammenfassung zeigen einige Ergebnisse aus der Befragung „Älter werden in München“, dass ein relevanter Teil von 55- bis 74-Jährigen finanzielle Sorgen im Lebensabend erwartet bzw. hat:

- 28 Prozent der Befragten halten es für sehr oder eher wahrscheinlich, dass sie in späteren Jahren einmal Sozialleistungen vom Staat benötigen. MigrantInnen sehen dabei eine höhere Wahrscheinlichkeit als Deutsche.
- „Wenn Sie einmal Anspruch auf Sozialleistungen haben sollten (oder bereits haben). Stellen Sie einen Antrag?“ 2 Prozent sagten auf diese Frage „Auf keinen Fall“, weitere 23 Prozent antworteten mit „Nein, so lange wie möglich nicht“ und zusätzliche 28 Prozent sagten „Ja, aber eher ungern“. Jüngere Befragte sind dabei etwas eher bereit, ihre Ansprüche geltend zu machen.
- 28 Prozent sind mit ihrer finanziellen Lage sehr oder eher unzufrieden.

- „Gehen Sie davon aus, dass Ihre finanziellen Möglichkeiten dauerhaft ausreichen werden, um in München auch in späteren Jahren noch einigermaßen gut leben zu können?“ 15 Prozent der Befragten sagten „Nein, sicher nicht“ und 25 Prozent „Eher nein“.

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt 2015, S. 139 ff.

Diese Ergebnisse bestätigen erneut: Es ist noch eine Minderheit der Älteren, die einem Armutsrisiko unterliegt. Diese Minderheit ist in München etwas größer als im Durchschnitt Deutschlands. Sie wächst und ist von den Größenordnungen her keinesfalls negierbar.

Warum z. B. die Bundesregierung in ihrem Entwurf zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht folgende unhaltbare Aussage macht, ist unerfindlich: „Die Armutsrisikoquote und der Anteil der von erheblicher materieller Deprivation Betroffenen im Alter ab 65 Jahren ist deutlich niedriger (u. d. V.) niedriger als in der Gesamtbevölkerung“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016a, S. 433). Immerhin schreibt sie selbst wenige Seiten zuvor: „Mit Ausnahme der Daten der EVS ist die Armutsrisikoquote für die Altersgruppe der ab 65-Jährigen nach allen Datengrundlagen stets etwas niedriger (u. d. V.) als für die Gesamtbevölkerung“ (ebenda, S. 430).

Das gilt (vgl. oben, Darstellung 2.1) für das Jahr 2013, in dem entsprechende Ergebnisse zu den Armutsrisikoquoten aus vier verschiedenen Umfragen vorliegen, genauso wie für die jeweils aktuellen Zahlen aus diesen vier Umfragen (Bei zweien liegen neuere Ergebnisse als 2013 vor). Von den vier Datenquellen zeigt eine (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016a, S. 543), nämlich die EVS eine um 1,8 Prozentpunkte höhere Armutsrisikoquote Älterer für 2013. Eine weitere Datenbasis, das SOEP, sieht die Armutsrisikoquote Älterer für 2013 um 2,6 Prozentpunkte unter der Quote für die Gesamtbevölkerung. Laut der sehr großen Erhebung Mikrozensus liegt die Quote bei den Älteren 2015 um gerade einmal 1,1 Prozentpunkte unter der allgemeinen Quote und in EU-SILC sind es nur 0,2 Prozentpunkt weniger. Hier von deutlichen Unterschieden bei den

Armutsrisikoquoten zu sprechen ist empirisch ungefähr so gehalt- und politisch so sinnvoll wie die Empfehlung von Königin Marie-Antoinette, die Armen mögen halt Kuchen essen, wenn es ihnen an Brot fehle.

7. Zum Abschluss

Den Trend zu einer zunehmenden Altersarmut in Deutschland kann man, wie in dieser Expertise, anhand einer Vielzahl von Daten und quantitativen Berechnungen belegen. Man kann sich auch auf gleichermaßen quantitativ ermittelte internationale Vergleichsstudien stützen, die in den letzten Jahren von Organisationen wie der European Commission (2014; 2015) oder der OECD (2008; 2011; 2014; 2015) vorgelegt wurden. Über diese Studien kann und muss man im methodischen Detail sicher diskutieren: International vergleichende Studien über viele Alterssicherungssysteme/Länder hinweg müssen unvermeidbar mit Vereinfachungen und groben Annahmen arbeiten! Unbestreitbar sind aber Befunde zutreffend, die wie z. B. die OECD-Studien hervorheben, dass das Lohnersatzniveau der Renten in Deutschland sich bezogen auf Geringverdiener unter den Schlusslichtern der OECD-Staaten bewegt, gleichauf mit Ländern wie z. B. Mexiko. Das zu leugnen, wie häufig praktiziert, wäre fatal (Ursache ist die sehr strikte Orientierung der gesetzlichen Rentenversicherung am Äquivalenzprinzip).

Man könnte, was legitim ist, statt elaborierter quantitativer Daten methodisch auch ganz andere Wege gehen (Idealerweise geht man alle!). Gemeint ist z. B.: mit unvoreingenommenem, sozialwissenschaftlich geschultem Auge die Abfallkörbe auf dem Bahnhofplatz einer beliebigen Großstadt zu beobachten. Die Klientel, die dort nach Pfandflaschen, halben Zigarettenskippen etc. gräbt, hat sich verändert. Statt nur den jungen Punkern huschen immer mehr verschämt blickende alte Menschen von Korb zu Korb.

Eine andere methodische Herangehensweise besteht in der Erhebung von Daten und Einschätzungen von im Feld tätigen Praktikern (Wohlfahrtsverbände, Tafeln, Sozialberatungsstellen, eventuell auch Revierpolizisten, Briefträger usw.). Diese können in der Summe durchaus solide Urteile zu Verschiebungen in der Betroffenheit sozialer Gruppen (und oft auch zu den Ursachen) abgeben. Nach unserer Kenntnis entsprechender Dokumente und Aussagen deuten diese in einer großen Mehrheit auf die Einschätzung hin, dass – nicht bekämpfte – Altersarmut bereits heute ein gravierendes Problem ist und dass dies in der Zukunft noch erheblich stärker der Fall sein wird (vgl. z. B. Wiegel, Kistler 2015).

Dass diese Entwicklung sich noch verstärken wird, kann auch kaum bezweifelt werden. Die Erblasten der Veränderungen in der Arbeitswelt und der Arbeitsmarktentwicklung bzw. der Reformen in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik erstens und der Alterssicherungspolitik zweitens werden zu einem weiteren Anstieg des Armutsrisikos im Alter führen. Hinzu kommt drittens und bereits rein von den Absolutzahlen her gesehen die rasch wachsende Zahl der Älteren aufgrund des demografischen Wandels. Mit letzterem geht viertens ein Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen einher, der ebenfalls zu steigender Altersarmut beitragen wird.

Angesichts der Größenordnungen dieser Herausforderungen wird es sicherlich nicht funktionieren, den Weg einer einnahmenorientierten Ausgabenpolitik in der Rentenversicherung einfach beizubehalten. Mehr Geld wird nötig werden, wozu alle Beteiligten – über steigende Beiträge und eine (progressive) Besteuerung mit wesentlich stärkerer Umverteilung von oben nach unten – werden beitragen müssen. Der einzig sinnvolle Weg in der Alterssicherungspolitik kann u. E. dabei nur über eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung laufen.

In Deutschland wird seit Jahren eine „Demografie-Debatte“ geführt, in der nachweislich (vgl. Kistler 2006) vor allem seitens wirtschaftsliberaler Politiker, Wissenschaftler und Medien über den bereits heute teuren Anstieg der „Altenlast“ geklagt wird. Dabei wird – zu Recht – betont, dass der demografische Wandel im Land stärker sei als in vielen anderen Nationen. Es ist leider wenig bekannt, dass die Gesellschaft den Problemen nicht durch mehr Ausgaben für die Renten und anderen Maßnahmen der Altenpolitik folgt, sondern die Ausgaben dafür geradezu kontrafaktisch verringert hat.

Die Zahlen in Darstellung 7.1 zeigen dies. In Deutschland liegt 2005 wie 2014 der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt gleich hoch (jeweils 29,9 %). Die Werte dazwischen zeigen eine deutliche konjunkturabhängige Entwicklung. Diese gibt es auch im Durchschnitt der „alten“ EU-Staaten, wobei jedoch der Trend bei den EU-18 klar eine Steigerung der Sozialausgabenquote im Betrachtungszeitraum belegt (was natürlich auch mit der besseren Lage am deutschen Arbeitsmarkt zusammenhängt).

Darstellung 7.1: Anteile der Sozialtransfers am Bruttosozialprodukt in Deutschland und der EU 18 2005 bis 2014 (in Prozent)

	2005	2006	2007	2008*	2009*	2010*	2011*	2012*	2014*
Anteil der Sozialtransfers an BSP									
Deutschland	29,9	28,8	27,7	28,0	31,6	30,8	29,6	29,9	29,9
EU 18	27,6	27,2	26,8	27,5	30,4	30,3	30,0	30,4	/
Anteil für Funktion Alter und Hinterbliebene									
Deutschland	12,5	11,9	11,5	11,5	12,2	11,8	11,4	11,4	11,3
EU 18	12,2	12,0	11,8	12,1	13,0	13,1	13,0	13,3	/

* „vorläufige“ Zahlen; /= noch nicht verfügbar

Quelle: European Commission 2015, S. 34.

Die European Commission weist, wie ebenfalls der Darstellung 7.1 zu entnehmen ist, aber auch nach, dass im Betrachtungszeitraum der Anteil der Ausgaben für die Funktion Alter und Hinterbliebene in den EU-18 Ländern leicht von 12,2 Prozent im Jahr 2005 auf 13,3 Prozent gestiegen ist. In Deutschland dagegen – einem Land mit bereits besonders spürbarem demografischen Wandel – ist der Anteil der Ausgaben für die Funktion Alter und Hinterbliebene zwischen 2005 und 2014 von 12,5 auf 11,3 Prozent zurückgegangen.

Wen wundert es angesichts dessen, dass das Altersarmutsrisiko in Deutschland im Gegensatz zu EU-15 (vgl. oben Darstellung 2.2) weiter angestiegen ist. Ob die Kommunen dabei das „auffangen“ können, was auf der Bundesebene da weggebrochen ist und (Stichwort: Absenkung des Rentenniveaus) weiter wegzubrechen droht, ist fraglich.

Rein theoretisch spricht eine Reihe guter Argumente für eine stärkere Rekommunalisierung der Aufgabe der Armutsprävention und -bekämpfung (vgl. Kasten).²⁵

²⁵ Historisch betrachtet gilt es jedoch daran zu erinnern, dass die Einführung der Sozialversicherung im 19. Jahrhundert auch darin begründet wurde, dass die Gemeinden und Städte mit ihrer traditionellen Aufgabe Armutspolitik zunehmend überfordert waren (und ihre Maßnahmen auch immer repressiver wurden)

Setting der Kommunen für wirksame Armutspolitik

„Kommunen sind in besonderer Weise von globalen, demographischen und sozialpolitischen Megatrends mit unmittelbarer (Alters-)Armutrelevanz betroffen, etwa von Singularisierung, Segregation, sozialer Exklusion oder dem Zuzug von sozialökonomisch benachteiligten Gruppen. Sie gelten deshalb auch als ein bestens geeignetes Setting für die Bewältigung der (Alters-)Lebenslagenarmut. Hier werden entsprechende Angebote und Maßnahmen lebensnaher und lebensweltlicher präsentiert und vermittelt sowie relevante Zielgruppen besser erreicht. Hinzu kommt, dass auch noch verschiedene Gruppen älterer Menschen in vergleichsweise großer Anzahl einbezogen werden können. Insbesondere für ältere, (noch) selbstständig lebende Menschen haben die unmittelbare Wohnumgebung und der Stadtteil als Lebenswelt zentrale Bedeutung bei der Gestaltung ihres sonst eher eingeschränkten Aktivitäts-, Erfahrungs- und Kooperationsspielraums. Dies gilt besonders für vulnerable Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlich hohem Bedarf, aber auch mit überdurchschnittlich hoher Zurückhaltung bei der Bedarfsanmeldung, wie es gerade für »verschämte« Alte in Armutslagen typisch ist“.

Naegele 2015, S. 72

Eigentlich gelten diese Argumente für alle Gruppen von Armen bzw. von einem Armutsrisiko Betroffenen, nicht nur für Ältere. Für diese steht eine entsprechende Fokussierung jedoch gegenwärtig besonders im Vordergrund. Das kommt nicht zuletzt im Thema des neuen Siebten Berichts zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck: „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ (vgl. Deutscher Bundestag 2016).

Der Siebte Altenbericht wendet sich dabei jedoch ausdrücklich gegen die Verallgemeinerung des Bildes vom „aktiven Altern“, das speziell im Kontext der Debatte um eine Verlängerung der Lebensalterszeit/Heraufsetzung der Regelaltersgrenze propagiert wurde (vgl. ebenda, S. 54). Er betont, „dass

Mitverantwortung und Mitgestaltung durch Ältere und für Ältere auf kommunaler Ebene und in ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen nicht nur von der Bereitschaft und Kompetenz einzelner, sondern auch von den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Unterstützungsstrukturen abhängig sind. Für verschiedene soziale Gruppen Älterer sind die Zugangschancen zu sozialer Teilhabe, gesundheitlicher Versorgung und Formen des Engagements ungleich verteilt. Eine Daseinsvorsorge, die lokale Strukturen und Netzwerke als Basis für Teilhabe und Lebensqualität älter werdender Menschen versteht, muss den Zugang zu entsprechenden Unterstützungsstrukturen für alle Älteren ermöglichen“ (ebenda).

Keinesfalls können diese Vorstellungen einer Rekommunalisierung der Armutsbekämpfung bzw. -prävention sich darauf beschränken, die Aufgaben auf die Kommunen zu delegieren, während eine rigide Sozialpolitik verankert wird, die die Probleme noch vergrößert und eine einnahmeorientierte Ausgabenpolitik das Rentenniveau zu Gunsten der Arbeitgeber(beiträge) noch weiter sinken lässt.²⁶

Naegle (2015, v. a. S. 73) weist zurecht darauf hin, dass die kommunale soziale Lebenslagenpolitik im Sinne einer öffentlichen Daseinsvorsorge nicht nur die Bereitstellung entsprechender Infrastrukturangebote (von Freizeiteinrichtungen bis zu Verkehrsangeboten und von Beratungseinrichtungen bis zu kommunalen Sozialdiensten) umfasst, sondern auch die Bereitstellung gegebenenfalls nötiger Hilfsangebote, die die (schwächsten) Zielgruppen oft erst befähigen, diese Infrastrukturen zu nutzen.

In München wurde diesem Problem besonders durch das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche für ältere Münchnerinnen und Münchner“ ab 2010 Rechnung getragen. Im Sinne niedrigschwelliger, zugehender und aufsuchender Sozialarbeit ging es darum, zunächst in einigen Modellgebieten einschlägige lebensweltliche und alltagsunterstützende präventive Angebote nahezubringen. Das Modell hat sich, so der Evaluationsbericht des Instituts Praxisforschung und Projektberatung (2014), bewährt und ist nach unserer Einschätzung auch bundesweit als vorbildlich

²⁶ Dass dies nicht zu Gunsten der Jüngeren geht, ist alleine daran zu erkennen, dass von diesen erwartet wird, ihre Altersvorsorge mit einem Beitrag von ca. 4 Prozent ihres Einkommens in private Altersvorsorge (Riester) zur Kompensation zu entrichten – ganz abgesehen von den Risiken kapitalmarktabhängiger Vorsorge.

anzusehen. Das Modellprojekt ist zur Zeit auf dem Weg weiterentwickelt und flächendeckend in die Praxis umgesetzt zu werden. Das ist auch gut so.

Unseres Erachtens sollte die Stadt München diese durchaus aufwändigen Bemühungen aber auch stärker überregional im Sinne einer Vorbildfunktion bekannt machen. Dazu können beispielsweise verstärkte Publikationsaktivitäten in Fach- wie allgemeinen öffentlichen Medien beitragen oder aber Kooperationsvorhaben wie sie auf nationaler und, genauso wichtig, internationaler Ebene etwa ESF-geförderte Vorhaben.

Literaturverzeichnis

- aproxima (2015): Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „ARB-Survey 2015“, Berlin.
- Bäcker, G.; Kistler, E. (2016): Dossier Rentenpolitik, Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Internet.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2015): Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014, München.
- Becker, I.; Hauser, R. (2003): Anatomie der Einkommensverteilung, Berlin.
- Becker, I. (2012): Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 2, S. 123 ff.
- Bruckmeier, K.; Wiemers, J. (2013): A new targeting – a new take-up? Non take up of social assistance in Germany after social policy reforms. IAB-Discussion Paper Nr. 10, Nürnberg.
- Brussig, M.; Knuth, M.; Mümken, S. (2016): Von der Frühverrentung bis zur Rente mit 67. Der Wandel des Altersübergangs von 1990 bis 2012, Bielefeld.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2016), Internet.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016a): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf vom 12.12.2016, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Altersarmut. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin.
- Butterwegge, Ch. (2015): Armut – sozialpolitischer Kampfbegriff oder ideologisches Minenfeld? Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche, Entsorgungstechniken, in: Schneider, U. (Hrsg.): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, S. 51 ff.
- Butterwegge, Ch. (2015a): Der Streit um den Armutsbegriff: Polemiken, Probleme und Perspektiven, in: Soziale Sicherheit, Nr. 11, S. 405 ff.
- Christoph, B. (2015): Empirische Maße zur Erfassung von Armut und materiellen Lebensbedingungen. Ansätze und Konzepte im Überblick. IAB-Discussion Paper Nr. 25, Nürnberg.
- Cremer, G. (2016): Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln? München.
- Deutscher Bundestag (2010): Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67. BtDrs. 17/2271.
- Deutscher Bundestag (2016): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Siebter Bericht zur Lage der älteren Generationen in der Bundesrepublik Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucksache 18/10210.

- Engstler, H.; Romeu Gordo, L. (2014): Arbeiten im Ruhestand – Entwicklung, Faktoren und Motive der Erwerbstätigkeit von Altersrentenbeziehern, in: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunftsfrage im Alter, Edition Böckler Bd. 196, S. 115 ff.
- European Commission (2014): Employment and Social Developments in Europe 2014, Brüssel.
- European Commission (2015): Social Europe – Aiming for inclusive growth. Annual report of the Social Protection Committee of the social situation in the European Union (2014), Brüssel.
- European Commission (2016): Employment and Social Developments in Europe. Annual Review 2016, Luxemburg.
- Faik, J.; Köhler-Rama, T. (2013): Anstieg der Altersarmut? Anmerkungen zu einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 93, S. 159 ff.
- Franke, J.; Wetzel, M. (2016): Länger zufrieden arbeiten? Qualität und Ausgestaltung von Erwerbstätigkeit in der zweiten Lebenshälfte, in: Mahne, K. u. a. (Hrsg.): Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Berlin, S. 43 ff.
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (2016): Allensbach-Studie „Generation Mitte“. Tabellen. Berlin.
- Goebel, J.; Grabka, M. M.; Schröder, C. (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, in: DIW-Wochenbericht Nr. 25 (korr. Version), Berlin, S: 571 ff.
- Heusinger, J.; Wolter, B. (2013): Die Jungen Alten. Expertise zur Lebenslage von Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Köln.
- Himmelreicher, R. (2016): Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in Ost- und Westdeutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 354 ff.
- Holler, M.; Kistler, E.; Wiegel, C. (2015): Inanspruchnahme und Verteilungseffekte gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen. Bericht an die Hans-Böckler-Stiftung, Stadtbergen/Düsseldorf (Internet).
- Holler, M.; Wiegel, C. (2016): Zunehmende Gefährdung des Lebensstandards im Alter, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Exklusive Teilhabe – Ungenützte Chancen. Dritter Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Bielefeld, i. E.
- Holler, M.; Kistler, E.; Scheider, D. (2016a): FISnet – Repräsentative Befragung von 55- bis 75-Jährigen im Regierungsbezirk Schwaben. Arbeitspapier, Stadtbergen.
- Hummelsheim, D. (2015): Sorgen über die Altersversorgung beeinträchtigen die Lebenszufriedenheit, in: ISI-Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 54, S. 7ff.
- INIFES (2016): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2015 – Teile I und II. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2015. Bericht an das

- Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.
- Kistler, E. (2006): Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird, München.
- Kistler, E.; Trischler, F. (2014): „Gute Erwerbsbiographien“ – Der Wandel der Arbeitswelt als Risikofaktor für die Alterssicherung, in: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkommenslage im Alter, Düsseldorf, S. 171 ff.
- Kommission „Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht“ (2011): Bericht der Kommission, München (auch im Internet).
- Krämer, W. (2000): Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs, Frankfurt am Main/New York.
- Lampert, Th. u. a. (2016): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Stand und Perspektiven der sozialepidemiologischen Forschung in Deutschland, in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Heft 2, S. 153 ff.
- Lejeune, C.; Romeu Gordo, L. (2016): Vermögen und Erbschaften: Sicherung des Lebensstandards und Ungleichheit im Alter, in: Mahne, K. u. a. (Hrsg.): Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Berlin, S. 111 ff.
- Naegele, G. (2015): Handlungsempfehlungen für Kommunen, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Altersarmut in Deutschland. Regionale Verteilung und Erklärungsansätze, Gütersloh, S. 68 ff.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2008): Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2011): Divided we Stand: Why Inequality Keeps Rising, Paris.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2014): Renten auf einen Blick 2013, Paris.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2015): In It Together. Why Less Inequality Benefits All, Paris.
- Prognos AG (2015): Rentenperspektiven 2040. Niveau und Kaufkraft der gesetzlichen Rente für typisierte Berufe. Kurzstudie, Berlin/Freyburg/München.
- Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München (2015): Ältere Menschen in München – Gesundheit und Umweltbedingungen. Sonderauswertung, München.
- Schmähl, W. (2012): Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gesetzlichen Rentenversicherung: Verhinderung von Armut im Alter?, in: Butterwegge, Ch.; Bosbach, G.; Birkwald, M. W. (Hrsg.): Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt/Main, S. 42 ff.
- Schmitz, J. (2014): Erwerbstätigkeit trotz Rente? Zur Systematisierung einer Debatte, in: Kistler, E.; Trischler, F. (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkommenslage im Alter, Edition Böckler Bd. 196, S. 149 ff.

- Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt/Main.
- Simonson, J. (2013): Erwerbsverläufe im Wandel – Konsequenzen und Risiken für die Alterssicherung der Babyboomer, in: Vogel, C.; Motel-Klingebiel, A. (Hrsg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?, Wiesbaden, S. 273 ff.
- Sinn, H.-W. (2005): Das demografische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen, in: Burg, H. (Hrsg.): Auswirkungen der demografischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Münster. S. 53 ff.
- Sinn, H.-W. (2008): Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut, in: ifo-Schnelldienst Nr. 10, S. 14ff.
- Sozialreferat der Landeshauptstadt München (2012): Münchner Armutsbericht 2011, München.
- Statistisches Bundesamt (2015): Die Generation 65+ in Deutschland, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2016): Leben in Europa (EU-SILC) 2014. Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union, Fachserie 15, Reihe 3, Wiesbaden.
- Trischler, F. (2014): Erwerbsverlauf, Altersübergang, Alterssicherung. Zunehmende soziale Ungleichheit im Alter, Wiesbaden.
- Weeber + Partner (2015): Älter werden in München. Abschlussbericht im Auftrag der Landeshauptstadt München, Stuttgart/Berlin.
- Wiegel, C.; Kistler, E. (2015): Projekte in freier Trägerschaft auf kommunaler Ebene zur Armutsprävention und -bekämpfung im Saarland (Handbuch), Saarbrücken.